



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 7.6.2011
SEK(2011) 728 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

**Bewertung des nationalen Reformprogramms 2011 und des Stabilitätsprogramms
ÖSTERREICHS**

Begleitdokument zum / zur
Empfehlung für eine
EMPFEHLUNG DES RATES

**zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2011 und Stellungnahme des Rates zum
aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2011-2014**

{SEK(2011) 801 endgültig}

1. EINFÜHRUNG

Als kleine Volkswirtschaft, die stark von Nettoausfuhren abhängig ist, wurde Österreich vom Zusammenbruch des Welthandels in den Jahren 2008-2009 schwer getroffen. Dank einer im Vorfeld der Krise relativ günstigen öffentlichen Finanzlage konnte Österreich ein umfangreiches Konjunkturpaket auflegen, um die Folgen des Konjunkturrückgangs abzufedern. Da die Mehrzahl der Konjunkturmaßnahmen dauerhafter Art war, wurde nach Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen eine unmittelbare Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Die durch einige Strukturreformen untermauerten Konsolidierungspläne sind im Stabilitätsprogramm (SP) und im nationalen Reformprogramm (NRP) beschrieben, die der Kommission im Frühjahr 2011 vorgelegt wurden.

2. JÜNGSTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN UND AUSSICHTEN

2.1. JÜNGSTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

Österreich ging mit gesunden Fundamental faktoren in die Krise und musste im Vorfeld weder größere Ungleichgewichte noch Verzerrungen bewältigen. Die Entwicklung von Blasen auf dem Immobilien-, dem Vermögens- und dem Kreditmarkt konnten vermieden werden. Auch die Preisstabilität blieb im Griff. Haushalte und Unternehmen waren infolge der scharfen Korrektur nach 2002 nicht besonders stark verschuldet, und die privaten Ersparnisse waren hoch. Hier spielten u. a. mehrere Reformen des Pensionssystems eine Rolle, die in den 2000er Jahren durchgeführt wurden und eine Zunahme des vorsorglichen Sparens bewirkt haben könnten.

Nichtsdestotrotz stürzte die Wirtschafts- und Finanzkrise Österreich in die tiefste Rezession seit Jahrzehnten. Die günstige Ausgangslage der öffentlichen Finanzen vor Ausbruch der Krise (öffentliche Defizit in Höhe von 0,9 % des BIP und öffentlicher Schuldenstand von 60,7 % des BIP im Jahr 2007) bot genügend Handlungsspielraum und ermöglichte umfangreiche und zeitnahe Konjunkturpakete in der Größenordnung von 1,5 % des BIP, die dazu beitrugen, die Folgen der Krise zu lindern. Der Abschwung setzte im dritten Quartal 2008 ein und erreichte Österreich insbesondere über sinkende Ausfuhren, die den Einbruch des Welthandels und die Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in Deutschland widerspiegeln. Das exportorientierte produzierende Gewerbe litt mit einem Rückgang der Warenausfuhren um beinahe 18 % im Jahr 2009 am stärksten. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen fielen infolge der sinkenden Unternehmensgewinne, der niedrigen Kapazitätsauslastung und der restriktiveren Kreditbedingungen um über 12 %. Bei den Bauinvestitionen fiel der Rückgang dank verschiedener finanzpolitischer Maßnahmen (z. B. Infrastrukturinvestitionen und Subventionen für die Renovierung von Gebäuden zur Energieeinsparung) etwas schwächer aus. Im Vergleich zu anderen Ländern des Euroraums blieb der – zwar deutliche – Einbruch bei beiden Investitionskategorien aber relativ unproblematisch. Insgesamt schrumpfte das reale BIP im Jahr 2009 um fast 4 %.

Die Krise beendete den kontinuierlichen Anstieg des österreichischen Leistungsbilanzüberschusses, der von 3,7 % des BIP im Jahr 2008 auf 2,6 % in den Jahren 2009 und 2010 sank. Der private Verbrauch erwies sich dank der Widerstandsfähigkeit des österreichischen Arbeitsmarkts als stabilisierender Faktor. Die Beschäftigung ging im Jahr 2009 krisenbedingt um 1 % zurück, wodurch die Arbeitslosigkeit (nach 3,8 % im Vorjahr) auf 4,8 % anstieg. Kurzarbeit und vermehrte Ausbildungsmaßnahmen haben geholfen, die Arbeitsplatzverluste,

die angesichts des Umfangs des Wirtschaftsabschwungs eigentlich deutlicher ausgefallen wären, zu begrenzen.

Der österreichische Bankensektor hat die aktuelle Finanzkrise und den Konjunkturrückgang relativ gut durchstanden. Die Eigenkapitalausstattung blieb während des gesamten Abschwungs auf einem angemessenen Niveau. Die Rentabilität hat sich nach einem Absturz im Jahr 2008 seit der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder erholt. Trotz dieser offensichtlichen Widerstandsfähigkeit hat die Krise mehrere Schwachpunkte zu Tage gebracht, die auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sind wie die starke Exposition der österreichischen Banken gegenüber Mittel-, Ost- und Südosteuropa (CESEE-Länder) sowie die Notwendigkeit, die staatlichen Kapitalspritzen für angeschlagene Banken zurückzuzahlen und die Risiken im Zusammenhang mit der Kreditvergabe in Fremdwährungen (CHF, JPY) zu mindern.

Seit dem dritten Quartal 2009 erholt sich die Wirtschaft Österreichs dank der anziehenden Auslandsnachfrage und der stärkeren Wirtschaftstätigkeit in Deutschland wieder. Das reale BIP wuchs 2010 um 2 %. Der größte Wachstumsbeitrag kommt von den Nettoexporten. Trotz der seit dem zweiten Quartal 2010 stetig wachsenden Ausrüstungsinvestitionen sind die Anlageinvestitionen im Jahresschnitt 2010 aufgrund negativer Spillover-Effekte des Vorjahrs und des Rückgangs bei den Bautätigkeiten insgesamt gesunken. Der private Verbrauch stieg mäßig, aber stetig und wirkte infolge eines positiv überraschenden Arbeitsmarkts stabilisierend. Im März 2010 setzte wieder ein Beschäftigungswachstum ein, so dass die Beschäftigungsverluste des Jahres 2009 voll ausgeglichen werden konnten. Da gleichzeitig auch das Arbeitskräfteangebot wuchs, hat sich die Arbeitslosenquote allerdings nur schrittweise verringert. Dennoch konnte Österreich im Jahr 2010 mit 4,4 % die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU melden.

Die öffentlichen Finanzen Österreichs haben unter der jüngsten Krise gelitten. Aufgrund der Konjunkturpakete und der voll greifenden automatischen Stabilisatoren hat das gesamtstaatliche Defizit 2009 4,1 % und 2010 4,6 % des BIP erreicht. Der öffentliche Schuldenstand stieg 2010 auf 72,3 % des BIP. Da die Mehrzahl der Konjunkturmaßnahmen dauerhafter Art war, wurde nach Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen eine Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Im Haushaltsgesetz 2011 wurde ein Konsolidierungspaket in einer Größenordnung von unter 1 % des BIP verabschiedet. Beinahe die Hälfte der Konsolidierung soll einnahmenseitig erreicht werden.

2.2. AUSBLICK

Trotz der geplanten Haushaltkonsolidierung sind die Aussichten für die österreichische Wirtschaft eher günstig. Laut Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen soll das reale BIP im Jahr 2011 um 2,4 % und im Jahr 2012 um 2 % wachsen. Diese Erholung wird nicht nur von den Nettoausfuhren abhängen, sondern kann sich auf eine breitere Basis stützen. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften vor dem Hintergrund der Wiederbelebung der Industrieproduktion und der steigenden Kapazitätsauslastung anziehen. Der private Verbrauch wird sich den Prognosen zufolge mit einem Wachstum von knapp über 1 % in den Jahren 2011 und 2012 eher verhalten entwickeln. Der Anfang 2011 zu verzeichnende Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise hat sich in der Verbraucherpreisinflation niedergeschlagen und wird wahrscheinlich auf dem verfügbaren Realeinkommen der Haushalte und auf der Verbrauchernachfrage lasten. Die Beschäftigung dürfte in naher Zukunft um knapp unter 1 % zulegen, so dass die Arbeitslosenquote von 4,4 % im Jahr 2010 bis Ende des Prognosezeitraums schrittweise auf 4,2 % sinken wird. Der Anstieg der Lohnstückkosten hat 2010 eine Pause eingelegt und soll auch 2011 und 2012 eher moderat ausfallen, da die wirtschaftliche Erholung zu einem zusätzlichen Arbeitskräfteangebot zu führen scheint. Die Kostenwettbewerbsfähigkeit dürfte sich somit kaum verschlechtern; das starke

Exportwachstum soll sich, begleitet von einem weiterhin leicht ansteigenden Leistungsbilanzüberschuss, fortsetzen. Ausgehend von den günstigen makroökonomischen Entwicklungen und der geplanten Haushaltskonsolidierung wird von einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits auf 3,7 % des BIP 2011 und 3,3 % des BIP 2012 ausgegangen. Der Bruttoschuldenstand soll 2012 demzufolge bei 75,4 % des BIP liegen.

3. ÜBERWACHUNG, VERFAHRENSFRAGEN UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG

Die österreichische Regierung übermittelte der Europäischen Kommission am 27. April 2011 die Aktualisierung des Stabilitätsprogramms (SP) und am 2. Mai 2011 das nationale Reformprogramm (NRP), beide für das Jahr 2011. Österreich hat für eine enge Abstimmung zwischen NRP und SP gesorgt. In den beiden Dokumenten werden die Konsolidierungsanstrengungen sowie die wichtigsten Strukturreformen zur Untermauerung der makroökonomischen Stabilisierung integriert dargestellt. Dabei wurden jeweils die gleichen makroökonomischen Aussichten zugrunde gelegt. Das SP erfasst den Zeitraum 2011-2014 und baut auf dem Haushaltsgesetz 2011 auf. Im NRP sind die nationalen Ziele in den Bereichen Beschäftigung, FuE, Energie und Klimawandel, Bildung und Armutsbekämpfung beschrieben. Die Ziele geben die Richtung für die langfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bis 2020 vor. Im NRP wird auch das österreichische Aktionsprogramm 2011 für den Euro-Plus-Pakt vorgestellt, das auf eine Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und Finanzstabilität abzielt.

Für die Erstellung des SP, das bei Übermittlung an die Europäische Kommission gleichzeitig auch dem österreichischen Parlament vorgelegt wurde, ist das Finanzministerium zuständig. Für das NRP zeichnet das Bundeskanzleramt verantwortlich. Bei Ausarbeitung des NRP fand eine umfassende Konsultation statt. Beteilt waren sämtliche Ministerien, die Sozialpartner (Bundesarbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Gewerkschaftsverbände, Handelskammer), NRO und Länder. Das Parlament wurde zu dem Entwurf nicht befragt.

4. POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN UND BEWERTUNG DER POLITISCHEN AGENDA

4.1. HERAUSFORDERUNGEN

Österreich sieht sich verschiedenen politischen Herausforderungen gegenüber, die nicht getrennt voneinander gesehen werden können. Ein übergeordnetes Ziel ist die wachstumsfreundliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Da die meisten krisenbedingten Konjunkturmaßnahmen dauerhafter Art waren, musste die Haushaltskonsolidierung in Angriff genommen werden, sobald die Krise überwunden war. Dabei muss vor allem sichergestellt werden, dass die wirtschaftliche Erholung nicht an Schwung verliert und das langfristige Wachstumspotenzial Österreichs durch Verlagerung der Ressourcen auf wachstumsfördernde Ausgaben gesteigert wird.

Die Gewährleistung eines stabilen Finanzsystems ist – insbesondere angesichts der starken Exposition Österreichs gegenüber den CESEE-Ländern und des Umfangs, in dem sich der Staat während der Krise (finanziell) bei der Unterstützung des Sektors engagiert hat, – von ausschlaggebender Bedeutung.

Die demografischen Entwicklungen machen eine stärkere Erwerbsbeteiligung zu einem dringlichen Thema. Die wichtigsten Hindernisse, die überwunden werden müssen, sind die niedrige Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern, die hohe Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben, das unzureichend genutzte Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund und die relativ starke geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarkts.

Im Gegensatz zum produzierenden Gewerbe sind die Dienstleistungen relativ stark vom Wettbewerb abgeschirmt und ist das Produktivitätswachstum zurückgeblieben. Die Öffnung der Märkte und eine Förderung von Wettbewerb und der Gründung neuer Unternehmen würden die Produktivität steigern helfen und die Verbrauchernachfrage ankurbeln. Weitere wichtige Aspekte sind in diesem Zusammenhang die relative Knappheit von Risikokapital, die administrativen Hindernisse für Unternehmensgründungen, insbesondere KMU, und die nach wie vor restriktiven sektorspezifischen Regelungen für Netzindustrien und Dienstleistungen.

Österreich kann hinsichtlich der FuE-Ausgaben/-Intensität solide Ergebnisse vorweisen, bringt sein innovatives Potenzial aber nicht voll zum Tragen. Der Anteil technologie- und wissensintensiver Produkte an Ausfuhren und Produktion ist enttäuschend schwach. Das Land muss die Innovationstätigkeit in den Unternehmen stärken und die praktische Anwendung von FuE-Produkten fördern. Die Knappheit von Risikokapital könnte sich in dieser Hinsicht als einschränkender Faktor erweisen.

Eine weitere Priorität, die mit Innovation im Zusammenhang steht, darüber hinaus aber auch wirtschaftsweite Auswirkungen hat, gilt der Qualität der Ausbildung. Hier muss sichergestellt werden, dass Lehrpläne und berufliche Qualifizierung dem Bedarf der Unternehmen gerecht werden, damit diese in der Lage sind, Innovationen zu nutzen und – noch wichtiger – zu schaffen.

Österreich hat sich für 2020 folgende Ziele gesetzt :

Tabelle 1 Österreichs Europa 2020-Ziele

Europa 2020-Ziele	Aktuelle Lage in Österreich ¹	Österreichs Europa 2020-Ziele des NRP
FuE-Investitionen (% des BIP)	2,76 % (2010)	3,76 %, davon 66 % (mögl. 70 %) durch den Privatsektor
Beschäftigungsquote (%)	74,70 %	77-78 %
Vorzeitige Schulabgänge (%)	8,70 %	9,50 %
Hochschulabschlüsse (%)	23,50 % ²	38 %
Verringerung der Anzahl der Menschen in Armut bzw. mit Armuts- oder Ausschlussrisiko	1 406 000 Personen	-235 000 Personen
Energieeffizienz – Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. t RÖE	Verringerung um 4,8 Mio. t RÖE in den Jahren 2000-2008	Verringerung des Primärenergieverbrauchs: 7,16 Mio. t RÖE ³

¹ Zahlen von Eurostat.

² Einschl. Erreichung von ISCED 4a, die 2009 bei 13,4 % lag (Eurostat, LFS).

³ Nach Berechnungen der Kommission. Mio. t RÖE = Millionen Tonnen Rohölseinheiten.

Verringerung der Treibhausgasemissionen (aus Quellen, die nicht vom Emissionshandelssystem erfasst sind)	-9% ⁴	-16% ⁵
Erneuerbare Energien (% des Gesamtenergieverbrauchs)	28,5 % (2008)	34 %

Kasten 1: Österreichisches Aktionsprogramm 2011 für den Euro-Plus-Pakt

Das aktuelle NRP Österreichs enthält das Aktionsprogramm, das Österreich im Rahmen des Euro-Plus-Pakts (EPP) auflegte. Das Aktionsprogramm 2011 umfasst im Einklang mit den Zielen des EPP Maßnahmen für folgende Bereiche:

- i) Wettbewerbsfähigkeit:** Der Schwerpunkt liegt auf FuE und Ausbildung. Im Zeitraum 2011-2014 werden auf jährlicher Basis zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt für Finanzierung und Förderung von Forschungstätigkeiten, die Bereitstellung zusätzlicher Plätze an technischen Colleges, die Universitäten gleichwertig sind, und für die Entwicklung von Modellen für Ganztagschulen.
- ii) Beschäftigung:** Der Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch garantierte Lehrlingsausbildung und andere Qualifizierungsmaßnahmen.
- iii) Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen:** Der Schwerpunkt liegt auf der Anhebung des effektiven Pensionsalters durch Entmutigung von Frühpensionierungen und Wahrung der Vermittelbarkeit älterer Arbeitnehmer sowie auf der Reform des österreichischen Stabilitätspakts durch Überprüfung der verbindlichen Defizitgrenzen für die verschiedenen Regierungsebenen (Bund, Länder und Gemeinden), Stärkung der Transparenz und der Durchsetzung.

Die Maßnahmen entsprechen im Großen und Ganzem den vom ECOFIN-Rat im Juni 2010 im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgestellten makroökonomischen Engpässen. Die Initiativen des Stabilitätsprogramms sind Bestandteil des NRP und stehen im Einklang mit dem Bundesfinanzrahmengesetz und dem Stabilitätsprogramm.

Auch wenn die im Programm beschriebenen Maßnahmen kohärent sind und die Engpässe bis zu einem gewissen Grad angehen, könnten sich weitere Maßnahmen als erforderlich erweisen, um die Herausforderungen in den verschiedenen Bereichen zu bewältigen, z. B. Förderung einer stärkeren Beteiligung des Privatsektors an den Innovationstätigkeiten, Steigerung der Wirksamkeit der Ausgaben im Bildungswesen und Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems in Aus- und Fortbildung, insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung benachteiligter Studierender, beschränkte Wirksamkeit der Umschulung älterer Arbeitsnehmer und Notwendigkeit der Umstellung der Vergütungssysteme (stärkere Berücksichtigung von Leistung statt Zugehörigkeitsdauer), weiterhin komplexe Finanzbeziehungen zwischen den Regierungsebenen.

4.2. BEWERTUNG DER POLITISCHEN AGENDA

⁴ Diese Menge entspricht der Entwicklung 2005-2008 für Emissionen, die nicht vom EU-Emissionshandelsystem erfasst sind. Aufgrund der zwischen 2005 und 2008 eingetretenen Veränderung des Anwendungsbereichs des Emissionshandelssystems werden diese Emissionen auf der Grundlage der wichtigsten relevanten UNFCCC-Quellenkategorien berechnet (im Gegensatz zur Differenz zwischen den Gesamtemissionen und den im Rahmen des EU-Systems geprüften Emissionen).

⁵ Die in der Entscheidung 406/2009/EG (Entscheidung über die Verteilung der Anstrengungen) festgelegten Obergrenzen für die Treibhausgasemissionen der Mitgliedstaaten gelten für Emissionen, die nicht vom EU-Emissionshandelssystem erfasst werden. Sie werden als relative Mindestverringerung (sofern negativ) bzw. relative Maximalanstieg (sofern positiv) im Vergleich zum Stand von 2005 ausgedrückt.

4.2.1. Makroökonomische Politik

4.2.1.1. Öffentliche Finanzen

Das der letzten Aktualisierung des österreichischen Stabilitätsprogramms zugrunde liegende makroökonomische Szenario steht im Großen und Ganzen im Einklang mit der Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen für den Zeitraum 2011-2012 (siehe Tabelle II des Anhangs). Es herrscht weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich der verwendeten BIP-Wachstumsraten und -Komponenten sowie des Beitrags von Binnennachfrage und Außenbeitrag. Die größten Unterschiede im Vergleich zur Kommissionsprognose sind 1) ein höherer BIP-Deflator in den beiden Prognosejahren, einschließlich eines höheren Deflators des privaten Verbrauchs 2012; 2) gestützt auf einen optimistischeren Ausblick auf das Beschäftigungswachstum, ein stärkeres Wachstum der Arbeitnehmerentgelte 2011. Die Unterschiede bei den Deflatoren ergeben sich in erster Linie aus der Einschätzung der Importpreise. Die Kommission geht in ihrer Prognose von einer durch Energie- und Rohstoffpreise getriebenen und damit etwas höheren und hartnäckigeren Inflation der Importpreise und daher einem niedrigeren pauschalen BIP-Deflator aus.

Für 2013 und 2014 ist im Programm ein anhaltendes BIP-Wachstum von über 2 % und ein steigender Beitrag der Binnennachfrage vorgesehen. Dies kontrastiert mit den AWG-Prognosen eines gedämpfteren Wachstums in der Größenordnung von 1,5 %. Die österreichische Regierung hat hinsichtlich des Potenzialwachstums im Programmzeitraum optimistische Erwartungen. Ihre Schätzungen liegen für 2011 und 2012 um 0,2 Prozentpunkte über denen der Kommissionsdienststellen und um den gleichen Wert über den AWG-Prognosen für 2013 und 2014. Die Unterschiede bezüglich 2011 und 2012 werden durch ein stärkeres Trendwachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) begründet. Die von den Kommissionsdienststellen anhand der Programmdaten nach der gemeinsam vereinbarten Methodik neu berechnete negative Produktionslücke ist somit etwas hartnäckiger als in der Frühjahrsprognose 2011 angenommen.

Insgesamt ist das den Budgetprognosen zugrunde liegende makroökonomische Szenario plausibel, gegen Ende des Programmzeitraums jedoch leicht optimistisch. Die Beiträge von privatem Verbrauch, Investitionen und Nettohandel sind angemessen und die realen Lohnstückkosten sinken⁶, so dass die Prognose nicht übermäßig durch steuerergiebige Wachstumstreiber verzerrt ist. Allerdings bleibt das Ergebnis von einem anhaltenden und signifikanten TFP-Anstieg abhängig, was mit gewissen Risiken behaftet ist.

Das gesamtstaatliche Defizit erreichte 2010 4,6 % des BIP und lag damit – trotz einer signifikanten statistischen Auswärtskorrektur der Defizitreihe seit 1995 – um 0,1 Prozentpunkte unter der Erwartung der letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms. Die Korrektur erfolgte im März 2011 nach Gesprächen zwischen den österreichischen Behörden und Eurostat über die Anwendung der Regeln des „Handbuchs zu Defizit und Schuldenstand des Staates“. Das Defizit des Jahres 2010 wurde um 1% des BIP nach oben korrigiert. Dafür gab es drei Gründe: 1) die Übernahme von 70 % der Kosten von Infrastrukturinvestitionen für die Österreichischen Bundesbahnen (0,4 % des BIP) durch den Staat, 2) die Kosten für die Finanzierung der regionalen staatlichen Krankenhäuser (0,2 %) und 3) die Übernahme eines Teils der Verbindlichkeiten der „Bad Bank“ KA Finanz (0,4 %), wobei letztere von den Kommissionsdienststellen, nicht jedoch im Stabilitätsprogramm, als einmalige Maßnahme eingestuft wurde. Da auch das Defizit des Jahres 2009 um 0,6 % des BIP nach oben korrigiert wurde, erklärt die statistische Korrektur dieser beiden Jahre nahezu vollständig die Ausweitung des nominalen Defizits um 0,5 % des BIP im Jahr 2010. Ohne die Korrektur hätten die Defizite in beiden Jahren bei etwa 3,5 % des BIP gelegen. Weitere

⁶ Die Arbeitsentgelte legen weniger stark zu als das nominale BIP, d. h. die Gewinnquote steigt.

Faktoren, die sich im Haushalt 2010 gegenseitig nahezu neutralisierten, waren einerseits die Teile des Konjunkturprogramms, die nur in diesem Jahr durchgeführt wurden, (Entlastungen für Familien mit Kindern und Steuersenkungen für Selbstständige) und andererseits die Steuermehreinnahmen aufgrund der unerwartet günstigen Wirtschaftsbedingungen.

Wichtigstes Ziel der mittelfristigen Haushaltsstrategie gemäß der letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms ist die allmähliche Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits von 4,6 % des BIP 2010 auf 2,4 % des BIP 2014. Der Primärsaldo soll von einem Defizit von 1,1 % des BIP im Jahr 2011 schrittweise in einen Überschuss von 0,5 % des BIP im Jahr 2014 übergehen. Im Programm wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das (von Österreich als ein über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichener Haushalt formulierte) mittelfristige Ziel trotz des kontinuierlich sinkenden strukturellen Defizits (von 3,3 % des BIP 2011 auf 2,3 % des BIP 2014), während des Programmzeitraums nicht erreicht werden wird. Das gesamtstaatliche Defizit wird dem Programm zufolge im Jahr 2013 unter den Referenzwert von 3 % des BIP fallen, was der vom Rat in seiner Empfehlung gemäß Artikel 126 Absatz 7 AEUV vom 2. December 2009 gesetzten Frist entspricht. Die im Programm für den Zeitraum 2011-2013 vorgesehene durchschnittliche Konsolidierungsanstrengung von 0,35 % des BIP pro Jahr ist deutlich niedriger als die vom Rat geforderte Anstrengung von $\frac{3}{4}$ % des BIP.

Die im Programm beschriebene Haushaltsanpassung ist zeitlich relativ gleichmäßig verteilt, mit Ausnahme des Jahres 2011, für das im Programm keine Anpassung vorgesehen ist (siehe Tabelle III des Anhangs). Dies ergibt sich aus der negativen Belastung des Jahres 2011 durch die oben genannte einmalige Maßnahme des Jahres 2010. Bis 2013 ist die vorausschlagte Reduzierung des strukturellen Saldos durch die im Programm genannten Maßnahmen recht gut untermauert. 2014 liegt die geplante strukturelle Verbesserung leicht über der Verbesserung, die die im Programm beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen nahelegen.

Die Defizitziele der letzten Aktualisierung des Programms entsprechen – trotz der oben genannten umfassenden Aufwärtskorrektur – im Großen und Ganzen den Zielen des vorangegangenen Programms, da die unerwartet günstigen Wirtschaftsbedingungen den negativen Effekt der Korrektur ausgleichen. Die Defizite sollen 2011 um 0,1 Prozentpunkte niedriger liegen, 2012 unverändert bleiben und 2013 um 0,2 Prozentpunkte höher liegen.

Aus mittelfristiger Perspektive dürfte die Haushaltsanpassung eher ausgabenseitig erfolgen, da die Ausgabenquote zwischen 2010 und 2014 um 2,4 Prozentpunkte sinken soll. Der größte Teil dieser Ausgabenanpassung fällt unter die Kategorie „Sonstige“ und wird im Programm nicht näher erläutert. Weitere wichtige Bereiche sind diesbezüglich die Arbeitsentgelte, die staatlichen Vorleistungen und die Subventionen.

Hinsichtlich der Differenzierung der Entwicklung des nominalen Haushaltssaldos nach Regierungsebene zeigt sich, dass der Großteil der Konsolidierung dem Programm zufolge auf die föderale Staatsebene entfällt. Die Defizite der Länder sollen nur schrittweise (um 0,1 % des BIP pro Jahr) sinken und die der Gemeinden – nach einer Konsolidierung in Höhe von 0,3 % des BIP im Jahr 2011 – unverändert (d. h. nahezu ausgeglichen) bleiben. Dies ist im unlängst wieder in Kraft gesetzten österreichischen Stabilitätspakt verankert, der finanzpolitische Ziele für alle drei Regierungsebenen vorgibt und während der Krise vorübergehend außer Kraft gesetzt worden war. Im Vergleich zu den früheren Fassungen des Pakts sind die aktuellen Haushaltzziele für die subnationalen Ebenen deutlich weniger ehrgeizig, was die Gesamtkonsolidierung verlangt.

Die Haushaltsstrategie des Programms ist mit einigen Risiken behaftet. Wie bereits ausgeführt, können die gesetzten Ziele nur erreicht werden, wenn die Haushalte der Länder und Gemeinden kontinuierlich konsolidiert werden. Im Programm wird jedoch nicht beschrieben, wie diese Konsolidierung auf subnationaler Ebene erfolgen soll; in der

Vergangenheit haben es die subnationalen Verwaltungsebenen häufig nicht geschafft, ihren Verpflichtungen aus dem Pakt nachzukommen. Ferner besteht die Gefahr, dass die geplanten Einsparungen bei einigen Maßnahmen des Programms nicht realisiert werden können; so erscheinen beispielsweise die Erwartungen hinsichtlich der Gewinne aus der Kampagne gegen Steuerbetrug äußerst spekulativ. Ein positiver Risikofaktor ist der mehrjährige Ausgabenrahmen für die Bundesregierung aus dem Jahr 2009, der die mittelfristige Vorhersehbarkeit der Haushaltsverfahren – allerdings nur auf föderaler Ebene – verbessert hat.

Kasten 2: Wichtigste Maßnahmen

Das österreichische Parlament hat Ende Dezember 2010 ein Haushaltsgesetz für das Jahr 2011 verabschiedet, das ein Maßnahmepaket (im Umfang von etwa 0,75 % des BIP) enthält, das die öffentlichen Finanzen Österreichs wieder auf einen nachhaltigen Pfad bringen soll. Beinahe die Hälfte der Konsolidierung soll einnahmenseitig erreicht werden. Der wichtigste Posten ist in Reaktion auf die jüngste weltweite Finanzkrise eine Sonderabgabe für Banken, die dazu dienen soll, von den Finanzinstituten einen Beitrag zu den Kosten, die die österreichischen Behörden für die Stabilisierung des Finanzsektors aufbringen mussten, zu erhalten. Die Wirkung dieser Abgabe wird allerdings durch die Rücknahme einer Gebühr auf Kredite abgeschwächt. Ein weiteres wichtiges Element des Pakets ist die Anhebung der Mineralölsteuern und des Steuersatzes für Zigaretten. Darüber hinaus umfassen die vereinbarten Maßnahmen u. a. die Einführung einer Abgabe auf Flugtickets, eine Anhebung der Immobiliensteuer bei Verkäufen durch private Stiftungen und eine Erhöhung der Anmeldegebühren für stärker verschmutzende Fahrzeuge, deren Gesamtwirkung auf den Haushalt jedoch eher bescheiden ausfallen dürfte.

Ausgabenseitige Maßnahmen umfassen hauptsächlich eine auf breiter Front angestrebte Verringerung der Verwaltungskosten sowie Einschnitte bei Familienzulagen und Pensionsansprüchen. Allerdings werden die Konsolidierungsanstrengungen durch zusätzliche Ausgaben für Bildung, FuE und die Renovierung von Gebäuden zur Energieeinsparung zum Teil wieder zunichte gemacht.

Die Maßnahmen des Programms für den Zeitraum 2012-2014 erfolgen in einer deutlich geringeren Größenordnung und ergeben sich aus dem „Zusatzcharakter“ des Maßnahmenpakets 2011. Auf Einnahmeseite sollen sich die Konsolidierungsanstrengungen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 auf 0,2 %, 0 % bzw. 0,1 % des BIP belaufen. Auf Ausgabenseite ist im Programm eine Konsolidierung in Höhe von etwa 0,4 %, 0,2 % und 0,1 % des BIP vorgesehen.

Wichtigste Haushaltsmaßnahmen (% des BIP)

Einnahmen	Ausgaben
2011	
<ul style="list-style-type: none"> • Sonderabgabe für Banken (0,2 %) • Anhebung der Mineralölsteuer und des Steuersatzes für Zigaretten (kombinierter Effekt von rund 0,2 %) 	<ul style="list-style-type: none"> • Verringerung der Verwaltungskosten auf breiter Front (-0,2 %) • Einschnitte bei den Familienzulagen (-0,1 %) • Einschnitte bei den Pensionsansprüchen (-0,1 %) • zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben für Bildung, FuE und die Renovierung von Gebäuden zur Energieeinsparung (0,1 %)

Anmerkung: Die Angaben zu den budgetären Auswirkungen entsprechen den Angaben des Programms, d. h. der nationalen Behörden. Ein positives Vorzeichen bedeutet, dass die Einnahmen/Ausgaben sich infolge der betreffenden Maßnahme erhöhen.

Nachdem die Schuldenquote bis 2007 einem Abwärtspfad folgte, ist sie seit 2008 infolge der erheblich angestiegenen gesamtstaatlichen Defizite und der massiven staatlichen Unterstützung des Bankensektors kontinuierlich gewachsen. Aufgrund statistischer Korrekturen für den Zeitraum ab 1999 lag der öffentliche Bruttoschuldenstand im Jahr 2010 bei über 72 % des BIP. Die Korrektur ergab sich aus der oben genannten Anpassung an die gesamtstaatliche Defizitreihe und in geringerem Umfang aus einer Umbuchung anderer Posten, die sich nur auf den Schuldenstand auswirken (z. B. Behandlung von Barsicherheiten, regionale Sozialwohnungsämter). In der letzten Aktualisierung des Programms wird bis 2013 von einer Fortsetzung des Aufwärtstrends der Schuldenquote und danach von einem Rückgang ausgegangen (siehe Tabelle IV des Anhangs). Diese Prognose ist jedoch mit Risiken behaftet. Erstens bestehen Bedenken aufgrund der wachsenden Verschuldung staatlicher Unternehmen, die nicht unter dem Sektor Staat geführt werden (z. B. österreichische Bundesbahnen und österreichische Autobahngesellschaft). Zweitens kann eine weitere Belastung des Schuldenstands infolge der staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung des Bankensektors nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig könnte der Schuldenstand allerdings auch niedriger ausfallen, da die Banken die staatliche Unterstützung, die sie während der Krise in Anspruch genommen haben, wahrscheinlich früher zurückzahlen werden, als im Programm vorgesehen ist.

Für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen besteht in Österreich ein mittleres Risiko. Die langfristigen Kosten der Bevölkerungsalterung liegen leicht unter dem EU-Durchschnitt, wobei die Pensionsausgaben auf lange Sicht im Verhältnis zum BIP nur leicht ansteigen sollen. Die derzeitige Haushaltsposition kommt zu den Kosten der Bevölkerungsalterung erschwerend hinzu. Ausgehend von der aktuellen Haushaltsslage würde der Schuldenstand bis 2020 auf 96,8 % des BIP anwachsen. Eine vollständige Umsetzung des Programms würde zudem nicht ausreichen, um den Schuldenstand bis 2020 wieder auf Abwärtskurs zu bringen. Die mittelfristige Erzielung ausreichender Primärüberschüsse würde die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern.

Die Durchführung des Konsolidierungsplans sollte durch einige Änderungen des oben genannten, im März 2011 vereinbarten österreichischen Stabilitätspakts (außer hinsichtlich der gelockerten Defizitziele) vereinfacht werden. Dazu zählen u. a.: die Stärkung der Durchsetzung des Pakts, die Verbesserung der Transparenz durch strengere Veröffentlichungspflichten und eine rationellere Finanzierung der Langzeitpflege auf Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden. Es besteht nach wie vor Bedarf an einer weiteren Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Regierungsebenen (gemäß Finanzausgleichsgesetz), die erhebliche Einsparungen ermöglichen, die Haushaltskonsolidierung unterstützen und Ressourcen für wachstumsfördernde Investitionen in Bereichen wie FuE und Bildung frei machen würde. Es ist weithin anerkannt, dass die aktuellen Beziehungen recht komplex und nicht sehr durchsichtig sind. Nicht nur fließen die Einnahmen aus den meisten Einzelsteuern nach festen Quoten an Bund, Länder und Gemeinden, sondern in vielen Bereichen verteilen sich auch die Entscheidungsbefugnisse auf die verschiedenen Ebenen des Staates. Bei einigen Tätigkeiten liegt die Zuständigkeit für die Einnahmenerhebung auf einer anderen Regierungsebene als die entsprechende Ausgabenbefugnis. Das Programm verweist auf Reformen im Bildungssystem, die im Laufe von 2011 verabschiedet werden sollen, auf Schritte zur besseren Abstimmung des Pensionssystems für Beamte der Bundesländer auf das allgemeine Pensionssystem sowie die Einführung einer Subventionsdatenbank zur Verbesserung der Transparenz. Allerdings werden mehr konkrete Maßnahmen benötigt, um die Effizienz der öffentlichen Finanzen, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen und Bildung, zu verbessern.

4.2.1.2. Der Finanzsektor

Der österreichische Finanzsektor hat die aktuelle Finanzkrise und den Konjunkturrückgang relativ gut durchstanden. Probleme ergeben sich aus der Exposition der österreichischen Banken gegenüber den Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas, wo die Zahl der notleidenden Kredite ihren Höhepunkt Mitte 2011 noch nicht erreicht hatte. Weitere Herausforderungen sind die Minderung der Risiken im Zusammenhang mit der Kreditvergabe in Fremdwährungen, insbesondere noch offene Kreditbestände in Schweizer Franken und japanischem Yen, und die Tatsache, dass Banken, die durch die öffentliche Hand unterstützt wurden, die vom Staat während der Finanzkrise erhaltenen Kapitalspritzen wieder zurückzahlen müssen.

Gegenüber den in Schwierigkeiten geratenen Euroraummitgliedern in Randlage der EU ist der österreichische Bankensektor nur relativ schwach exponiert. An der starken Exposition gegenüber den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas (CESEE-Länder)⁷ hat sich dagegen während des gesamten Zeitraums 2008-2010 kaum etwas verändert. Ende September 2010 belief diese sich auf 290 Mrd. USD, was 73 % des österreichischen BIP entspricht. Im Rahmen der europäischen Bankenkoordinierungsinitiative sind die österreichischen Banken ihren Verpflichtungen aufgrund der Exposition gegenüber den Ländern dieser Region weitgehend nachgekommen, was zur Finanzstabilität beigetragen hat. Die Exposition gegenüber den CESEE-Ländern wird sorgfältig überwacht und auch die grenzüberschreitende Überwachung wurde weiter verbessert (u. a. Aufsichtskollegien). In diesem Zusammenhang wird sowohl im SP als auch dem NRP die Möglichkeit genannt, zwischen Österreich und einzelnen Ländern dieser Region Gruppen für die länderübergreifende Finanzmarktstabilität einzurichten, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Krisensituationen zu verbessern. Im Zuge der allgemeinen Markterholung ist die Risikoprämie auf staatliche Papiere seit 2009 wieder stark zurückgegangen und hat sich bei etwa 30 Basispunkten stabilisiert, was einer der niedrigsten Werte im Euroraum ist.

Die Rentabilität des Bankensektors ist im Jahr 2008 stark gesunken, erholt sich seit der zweiten Jahreshälfte 2009 aber wieder. Die Werte aus der Zeit vor der Krise wurden zwar noch nicht wieder erreicht, insgesamt liegt die Rentabilität aber leicht über dem Durchschnitt des Euroraums. Die Eigenkapitalausstattung der Banken fiel während des gesamten Abschwungs nie auf besorgniserregende Werte. Die Eigenkapitalquote der Banken stieg von 11,0 % Ende Juni 2008 auf 13,3 % Ende Juni 2010. Gleichzeitig stieg infolge eines Anstiegs des anrechenbaren Kapitals und eines Rückgangs der risikogewichteten Aktiva auch die Tier-1-Kernkapitalquote. Die Ergebnisse des EU-weiten Stresstests des Ausschusses der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS)⁸ vom Juli 2010 fielen für den österreichischen Bankensektor positiv aus. Der jüngste Stresstest der österreichischen Nationalbank vom Herbst 2010 bestätigte die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Banken.

Die (Ende 2008 und während der gesamten Krise erfolgten) Unterstützungsmaßnahmen⁹ der österreichischen Regierung für den Finanzsektor haben maßgeblich dazu beigetragen, die Finanzstabilität zu erhalten und das Marktvertrauen zu stärken. Die Maßnahmen bildeten eines der umfangreichsten Pakete zur Unterstützung des Finanzsektors im Euroraum und beliefen sich auf 32,7 % des BIP 2008, 11,5 % des BIP Ende 2009 und 11,6 % des BIP Ende Oktober 2010. Zwei Banken (Kommunalkredit und Hypo Alpe Adria) wurden von der Regierung in den Jahren 2008 bzw. 2009 übernommen. Die Ende 2008 geschaffene

⁷ Einschließlich GUS und Ländern des westlichen Balkans.

⁸ Nachfolgerin ist seit 2011 die Europäische Bankenaufsichtsbehörde.

⁹ Kapital- und Liquiditätsspritzen, Maßnahmen zur Rettung der Vermögenswerte und Garantien für Bankverbindlichkeiten.

Clearingstelle, die dem Interbankenmarkt neue Impulse verleihen sollte, hat dazu beigetragen, die Liquiditätslage des Bankensektors zu verbessern, und vereinfachte kleineren Kreditinstitutionen den Liquiditätszugang. Dadurch konnte der österreichische Bankensektor die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise relativ gut durchstehen.

Die Kreditvergabe in Fremdwährungen (insbesondere in Schweizer Franken und japanischem Yen) an Haushalte und Unternehmen lag im europäischen Vergleich sehr hoch. Trotz eines leichten Rückgangs in den vergangenen Jahren bleiben die noch offenen Kreditbestände (Ende September 2010 rund 55 Mrd. EUR) für den Bankensektor ein Grund zur Sorge. Die Aufwertung des Schweizer Franken in der ersten Jahreshälfte 2010 hat Kreditnehmern, die nicht durch Hedging abgesichert waren, (d. h. privaten Haushalten) große Buchverluste verursacht. Im März 2010 haben die Behörden regulatorische Maßnahmen zur Beschränkung der Vergabe neuer Kredite in Fremdwährungen und zum Ausschluss nicht durch Hedging abgesicherter Kreditnehmer verabschiedet. Ferner müssen Kreditinstitute Strategien zur Verringerung des noch ausstehenden Volumens auf Fremdwährungen lautender Kredite erstellen. Diese Maßnahmen haben auch dazu beigetragen, dass diese Art der Kreditvergabe in den vergangenen Monaten weiter zurückgegangen ist.

Sowohl im SP als auch dem NRP wird auf eine Sonderabgabe für Banken verwiesen, die Österreich unlängst mit dem erklärten Ziel einer stärkeren Stabilisierung des Bankensektors eingeführt hat. Diese „Stabilitätssteuer“, die von Kreditinstituten und Tochtergesellschaften in ausländischem Besitz befindlicher Banken, die auf dem österreichischen Markt tätig sind, erhoben wird, trat Anfang 2011 in Kraft. Laut SP werden von dieser Abgabe Einnahmen in Höhe von rund 500 Mio. EUR pro Jahr erwartet. Die Stabilitätssteuer wird auf die Bilanzsumme der Banken (Stand Ende Dezember 2010), abzüglich Eigenmittel und Einlagen, erhoben.

4.2.2. Arbeitsmarktpolitik

Der österreichische Arbeitsmarkt hat sich insgesamt zufriedenstellend entwickelt, wie die hohe Beschäftigungsquote (74,9 %) und die im Jahr 2010 niedrigste Arbeitslosenquote (4,4 %) in der EU bestätigen. Allerdings sind mehrere Fragen zu klären, damit das Land angesichts einer alternden Bevölkerung und dem projizierten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sein Arbeitskräftepotenzial voll nutzen kann. Der österreichische Arbeitsmarkt ist durch eine niedrige Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, eine hohe Steuer- und Sozialabgabenbelastung der Arbeitseinkommen, das nicht ausgeschöpfte Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund und eine starke geschlechtsspezifische Segmentierung gekennzeichnet.

Niedrige Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer

Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer liegt trotz eines Anstiegs während des vergangenen Jahrzehnts unter dem EU-Durchschnitt (42,4 % gegenüber 46,3 %). Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter liegt mit 62,6 Jahren bei Männern und 59,4 Jahren bei Frauen unter dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter (65 für Männer und 60 für Frauen) und unter dem EU-Durchschnitt (2007). 2010 entfielen 72 % der Pensionsantritte entweder auf Frühpensionierungen oder Invaliditätspensionierungen. Die „Hacklerregelung“, die Langzeitversicherten eine Frühpensionierung ohne Abzüge ermöglicht, wurde in den vergangen Jahren deutlich häufiger in Anspruch genommen. Ein weiterer Faktor, der zur geringen Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer beiträgt, ist das niedrige gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen (60)¹⁰, das die Gefahr der Altersarmut erhöht. Angesichts der demographischen Entwicklung ist es mit Blick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen

¹⁰ Dieses soll zwischen 2024 und 2033 von derzeit 60 auf lediglich 65 Jahre angehoben werden.

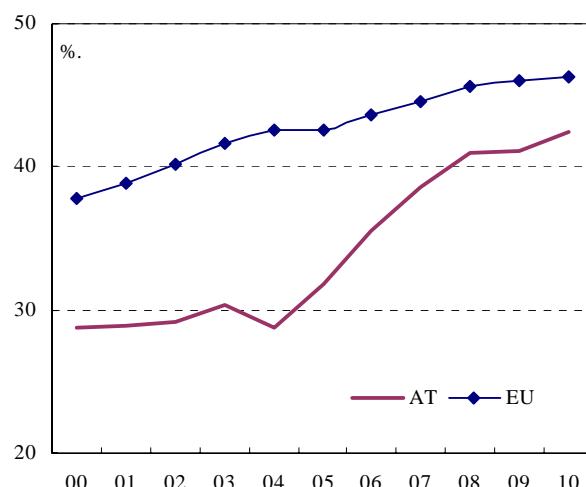
Finanzen, die Angemessenheit der Pensionen und die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots wichtig, das tatsächliche Pensionsantrittsalter anzuheben.

Sowohl SP als auch NRP nennen zwei Reformbereiche für das Jahr 2010. Erstens werden ab 2014 strengere Regeln für die Frühpensionierung von Langzeitversicherten gelten, wobei das Antrittsalter um zwei Jahre angehoben wird und nur noch aktive Beschäftigungszeiten als Beitragszeiten angerechnet werden können.

Ab 2014 dürfte sich die Anzahl der Pensionierungen nach dieser Regelung somit deutlich verringern. Der ursprünglich geplante Ausstieg aus der „Hacklerregelung“ ist in den Programmen jedoch nicht mehr vorgesehen. Zweitens werden Invaliditätspensionen ab 2011 von der Teilnahme an einer Rehabilitationsmaßnahme abhängig gemacht. Zudem wird ein zentrales System für die Bewertung von Anträgen auf diesen Pensionstyp eingerichtet. Diese Reformen könnten dazu beitragen, Invaliditätspensionen zu vermeiden oder auszustellen; wie sie sich tatsächlich auswirken werden, muss allerdings noch ermittelt werden.

Es kann noch einiges getan werden, um geeignete Bedingungen und Anreize zu schaffen, damit ältere Personen länger arbeiten und Unternehmen ihnen Arbeit geben. Mit Fortbildungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer konnten weder hinsichtlich der Teilnahme noch der Effizienz große Erfolge verzeichnet werden. Ein weiteres Thema ist das steile Alter-Einkommens-Profil von Angestellten. Lohnregelungen, die mehr Gewicht auf das Kriterium Leistung als das das Kriterium Zugehörigkeitsdauer legen, kämen der Einstellung älterer Arbeitnehmer entgegen.

Abbildung 1: Beschäftigungsquote (55-64 Jahre)



Quelle: Kommissionsdienststellen, LFS.

Lohnnebenkosten

Die durchschnittlichen Lohnnebenkosten¹¹ in Österreich gehören zu den höchsten in der EU, was sich – insbesondere im Niedriglohnsektor – negativ auf die Beschäftigung auswirkt. Die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Niedriglohnempfänger im Jahr 2008 und die Einkommenssteuerreform 2009 verringerten zwar die Steuerbelastung des Faktors Arbeit, konnten einen Anstieg der Lohnnebenkosten für Niedrig- und Durchschnittslohnempfänger

¹¹ Einkommenssteuer, zuzüglich aller Sozialversicherungsbeiträge, abzüglich Transferzahlungen, als Prozentsatz der Personalgesamtkosten.

im Zeitraum von 2001 bis 2009 allerdings nicht verhindern. Eine weitere Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit könnte von Vorteil sein. Die finanzpolitische Wirkung kann durch Verringerung der öffentlichen Ausgaben oder die Erhöhung der Immobilien-, Verbrauchs- oder umweltbezogenen Steuern ausgeglichen werden.

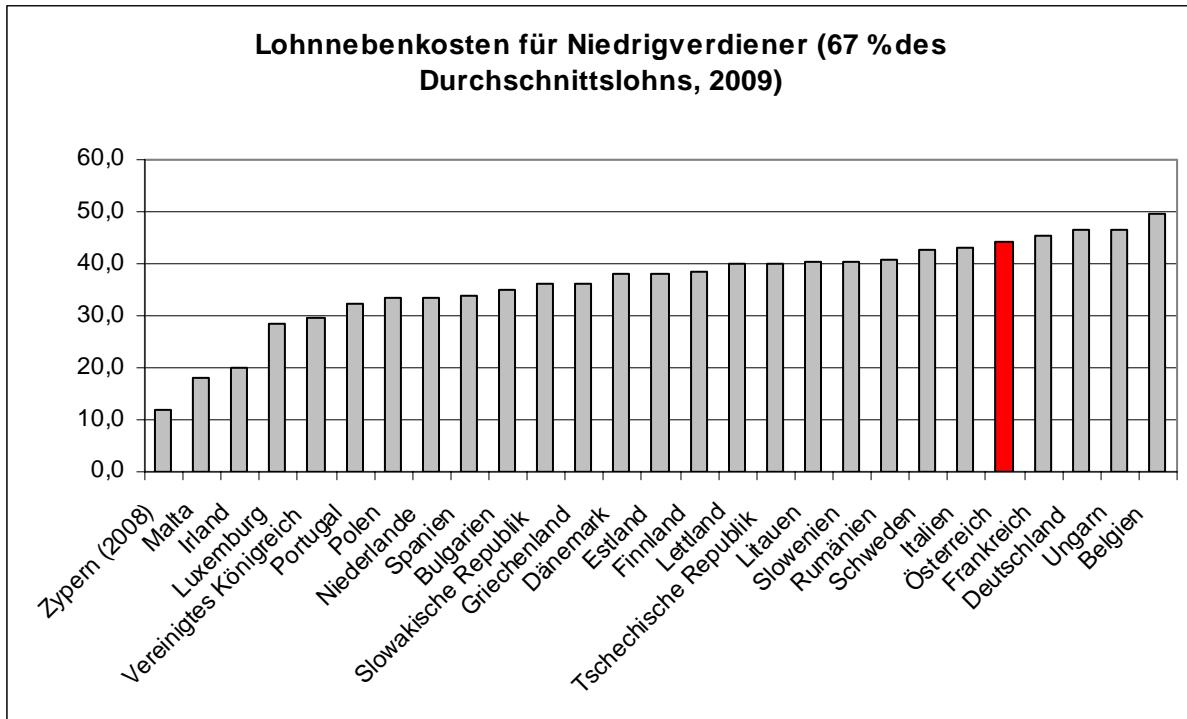
Nicht ausgeschöpftes Potenzial der Menschen mit Migrationshintergrund

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den österreichischen Arbeitskräften ist nach EU-Standards hoch. Migranten stoßen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auf zweierlei Probleme: einerseits schneiden Schüler mit Migrationshintergrund schlechter ab als ihre einheimischen Altersgenossen, andererseits müssen Migranten dreimal häufiger als Österreicher Stellen antreten, die ihrer Qualifizierung nicht gerecht werden. Die größte Herausforderung stellt sich angesichts der schlechten Ausbildungsergebnisse: Bei Migranten ist die Schulabbrecherquote 3,5 mal so hoch wie bei Einheimischen (22,1 % bzw. 6 %). Ein Grund hierfür ist der in Österreich starke Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf die schulische Leistung, der zum Teil durch die frühe Differenzierung in zwei unterschiedliche Schulrichtungen im Alter von 10 Jahren erklärt werden kann. Insbesondere in städtischen Regionen führt dies tendenziell zu einer „Abwärtsselektion“ von Schülern mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund und verringert de facto die Durchlässigkeit zwischen höherer Sekundärausbildung und Fortbildung. Dies scheint in Verbindung mit dem weit verbreiteten Halbtagsunterricht einen negativen Effekt auf das Bildungsniveau benachteiligter Jugendlicher zu haben.

Mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifizierung wurden bereits durchgeführt bzw. sind geplant. Dies betrifft z. B. ein verpflichtendes kostenfreies letztes Jahr im Kindergarten mit besonderer Unterstützung von Kindern mit schwachen Deutschkenntnissen, das Pilotprojekt „Neue Mittelschule“ zur Abschwächung der Auswirkungen der frühen Differenzierung durch neue pädagogische Konzepte und individuelle Unterstützung, den weiteren Ausbau des Angebots an Ganztagschulplätzen und mehr Beratung und Sozialarbeit an Schulen. Diese Maßnahmen sind hilfreich, haben aber noch keine nachhaltige strukturelle Reform zu Wege gebracht. Da junge Menschen mit Migrationshintergrund sich beim Übergang in den Arbeitsmarkt mit besonderen Problemen konfrontiert sehen, wäre eine an ihren Bedarf angepasste, zusätzliche Unterstützung – z. B. eine Beratung mit Einbeziehung von Sozialarbeitern, Einwanderereltern und -gemeinschaften – hilfreich.

Eines der Hindernisse, die einer optimalen Nutzung der Fähigkeiten von Migranten im Wege stehen, ist die Anerkennung von Diplomen. Ein Schwerpunkt auf Fragen wie Bürokratieaufwand, Kosten und Organisation von Kursen zur beruflichen Qualifizierung könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die Situation zu verbessern. Der 2010 veröffentlichte Nationale Aktionsplan für Integration befasst sich mit diesen Fragen. Maßnahmen zur Erreichung der Ziele dieses Plans wurden bisher allerdings noch nicht in ausreichendem Umfang umgesetzt.

Abbildung 2: Lohnnebenkosten für Niedrigverdiener



Quelle: Gemeinsames Projekt der Europäischen Kommission und der OECD zu Steuern und Gehältern. Alleinstehende(r) ohne Kinder.

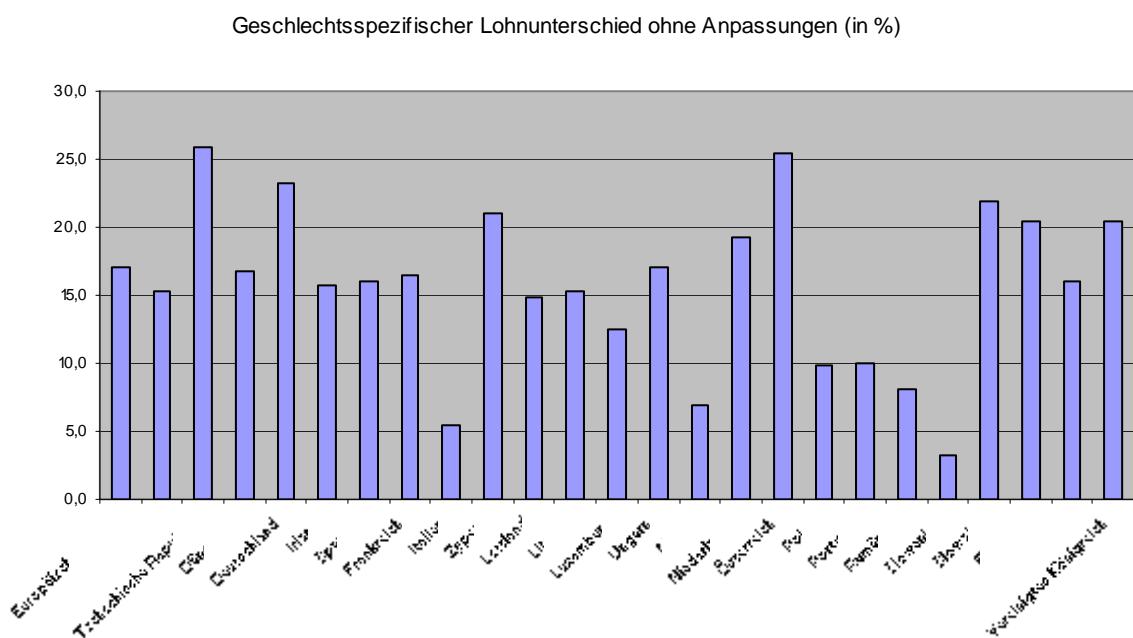
Geschlechtsspezifische Segmentierung

Trotz der relativ hohen Beschäftigungsquote von Frauen in Österreich (69,6 % gegenüber 62,1 % in der EU), könnte die Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine Verringerung der geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarkts weiter verbessert werden. Die geschlechtsspezifische Konzentration bei Teilzeitbeschäftigte ist in Österreich eine der höchsten, und die in Vollzeitäquivalenten gemessene Beschäftigungsquote von Frauen zeigt, dass es Österreich schwer fällt, das Arbeitskräftepotential der Wirtschaft voll zu nutzen. Frauen arbeiten doppelt so häufig als geringfügig Beschäftigte¹² und ihre Anzahl konzentriert sich im Niedriglohnsegment. Diese Strukturen ergeben einen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied von 25,4 %, dem zweithöchsten in der EU (17,1 %); dies ist einer der Faktoren, die zu einer relativ hohen Armutgefährdung für Frauen (insbesondere allein stehende Mütter und Frauen über 65) führen. Die Hauptgründe für die geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen sind die ungleiche Verteilung der Betreuungspflichten zwischen Frau und Mann und die begrenzte Verfügbarkeit von Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegediensten. Österreich erfüllt nicht die Barcelona-Ziele für die Kinderbetreuung und sein System der Langzeitpflege ist durch einen starken informellen Sektor gekennzeichnet, auf dem Frauen den Großteil der unbezahlten Pflegearbeit verrichten. Laut Daten des Jahres 2008 ist Österreich einer der wenigen EU-Mitgliedstaaten, in denen sich die Kosten der Kinderbetreuung stark auf das Nettoeinkommen der Zweitverdiener auswirken,

¹² Beschäftigungen unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze (die „Geringfügigkeitsgrenze“ liegt derzeit bei 374 EUR pro Monat bzw. 28,7 EUR pro Arbeitstag), wobei die Arbeitnehmer sich selbst um Renten- und Krankenversicherung kümmern müssen und die Beiträge selbst zahlen.

wodurch die finanziellen Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung geschwächt werden (OECD, 2011). Mittlerweile wurden die Gebühren für das letzte Kindergartenjahr, in manchen Regionen sogar die Gebühren für andere Altersgruppen abgeschafft.

Abbildung 3: Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen (in %)



Quelle: Kommissionsdienststellen, LFS.

Das NRP enthält mehrere Maßnahmen, die Anreize für die Beschäftigung von Frauen schaffen sollen, z. B. die jüngste Diversifizierung der Systeme für Kinderbetreuungsgeld, die Väter dazu ermutigen soll, sich stärker an der Kinderpflege zu beteiligen, und die Einführung eines verpflichteten kostenfreien letzten Kindergartenjahres. Das NRP enthält auch konkrete Angaben zum Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen. Konkrete Pläne hinsichtlich der Plätze für Kinder im Vorschulalter fehlen jedoch. Auch die Frage der Langzeitbetreuung wird nicht angesprochen. Der im vergangenen Jahr verabschiedete nationale Aktionsplan zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt enthält ein umfassendes Maßnahmenpaket, das bisher jedoch nur zum Teil umgesetzt wurde.

Bekämpfung der Armut und Förderung der sozialen Eingliederung

Ein Blick auf die wichtigsten Indikatoren des in der Strategie Europa 2020 formulierten Ziels der Armutsbekämpfung zeigt, dass Österreich diesbezüglich zu den erfolgreichsten Ländern der EU gehört; einem Armuts- bzw. Ausschlussrisiko sind 17 % der Bevölkerung ausgesetzt, im Vergleich zu 23,1 % in der EU. Dennoch sind weiterhin große Hindernisse zu überwinden, damit Österreich sein nationales Ziel erreicht: Bekämpfung des überdurchschnittlichen Armutsrisikos von Frauen, insbesondere von allein stehenden Müttern und älteren Frauen, Verringerung der besonders starken „Weiterreichung“ der Bildungsleistung zwischen den Generationen, Bekämpfung des hohen Armutsrisikos von Migranten (17 % der einem

Armuts- bzw. Ausschlussrisiko ausgesetzten Bevölkerung) und Bekämpfung der Armut im Niedriglohnbereich (6 % der Beschäftigten im Jahr 2009).

Bildung

In der Wirtschaft Österreichs beginnen sich schrittweise Missverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar zu machen. Die Qualität¹³ des Primar- und Sekundarunterrichts und die Ergebnisse benachteiligter Lernender bleiben hinter den Erwartungen, die man sich aufgrund der relativ hohen Bildungsausgaben machen könnte, zurück (siehe auch 4.2.2). Die Wichtigkeit, die dem gut entwickelten Sektor der beruflichen Aus- und Fortbildung zugemessen wird, könnte sich auf die Anzahl der Hochschulabsolventen ausgewirkt haben. Die Anzahl neuer Hochschulabsolventen in den Fachbereichen Mathematik, Wissenschaft und Technik (MWT) ist relativ niedrig (11,8 pro 1000 Personen im Alter von 20-29 Jahren gegenüber durchschnittlich 14,5 in der EU im Jahr 2008). Eine stärkere Verknüpfung zwischen Bildung (insbesondere im postsekundären Bereich), Forschung und Innovation, ein stärkerer Beitrag aller Ebenen des Bildungssystems zur Bildung von Humankapital und, nicht zuletzt, eine ausgewogene Qualifikationsstruktur der Absolventen (z. B. durch eine höhere Anzahl der MWT-Absolventen) würden sich innovationsfördernd auswirken. Gleichzeitig könnten sich die hohen FuE-Ausgaben stärker in eine qualitative Aufwertung der Wirtschaftsstruktur in Richtung wissenintensiver Sektoren niederschlagen.

Die Regierung möchte den Anteil der Hochschulabsolventen in der Altersgruppe von 30 bis 34, der derzeit unter dem EU-Schnitt liegt und in der Vergangenheit weniger stark als im EU-Schnitt angestiegen ist, bis zum Jahr 2020 auf 38 % erhöhen¹⁴. Zu diesem Zweck ist im NRP ein umfassendes Bündel von Initiativen beschrieben, die den Zugang zur Hochschulbildung vereinfachen und mehr Schüler für die Studiengänge Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik begeistern sollen (Informationsoffensive MINT¹⁵). Die Ziele reichen von der Vermeidung von Ausgrenzung und Segregation sowie Leitfäden für die Studien- und Berufswahl bis hin zur Verbesserung der Mobilität internationaler Studenten im Tertiärbereich. Ob diese Maßnahmen ausreichend sind, muss sich noch erweisen. Um die Fähigkeiten und Kompetenzen seiner Bevölkerung insgesamt zu verbessern, wäre es für Österreich von Vorteil, die Wirksamkeit der Ausgaben im Bildungswesen zu steigern und sein Qualitätssicherungssystem zu verbessern.

¹³ PISA 2006, 2009.

¹⁴ Einschl. Erreichung von ISCED 4a, die derzeit bei 13,4 % liegt (Eurostat, LFS 2009).

¹⁵ Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik.

4.2.3. Wachstumsfördernde strukturelle Maßnahmen

Österreich schneidet hinsichtlich der Gesamtwettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft gut ab, die Arbeitsproduktivität liegt über dem EU-Schnitt, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen sind generell günstig und das Land hat keine größeren kurzfristigen strukturellen Probleme. Als entwickelte Wirtschaft mit hohen Einkommensniveau muss Österreich jedoch auf einigen Gebieten relative strukturelle Schwächen überwinden, die dem langfristigen Potenzial seiner Wirtschaft schaden könnten.

Im vergangenen Jahrzehnt stützte sich das BIP-Wachstum Österreichs auf die gute Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes. Die Produktivität der Dienstleistungen entwickelte sich dagegen eher schleppend und konnte die Inlandsnachfrage nicht unterstützen. Trotz der nach europäischem Standard hohen FuE-Ausgaben ist nicht sicher, dass Österreich sein Innovationspotenzial voll nutzt. Ein weitere wichtige Herausforderung ist in diesem Zusammenhang die Aufwertung der beruflichen Qualifizierung durch Stärkung der Verbindung zwischen Bildung und Innovation.

Wettbewerbs- und Geschäftsrahmenbedingungen

Die Dienstleistungen sind trotz der Liberalisierung in den Bereichen Einzelhandel und Kommunikation eher restriktiv reguliert. Die Anforderungen hinsichtlich Marktzugang und Unternehmensgründungen scheinen Unternehmentum, Wettbewerb und Innovation nicht in ausreichendem Maße zu fördern. Die betroffenen Tätigkeiten reichen von Handel und Dienstleistungen bis zu den Netzindustrien. Die Folgenabschätzungen neuer Vorschriften sind häufig eher auf die administrativen als auf die Gesamtkosten für die Unternehmen ausgerichtet. Österreich hat ein Umsetzungsdefizit akkumuliert; dies gilt auch für die Dienstleistungsrichtlinie. Die Wettbewerbspolitik und ihre Umsetzung durch die Bundeswettbewerbsbehörde und die Regulierungsbehörden kann noch verbessert werden. Mehr Wettbewerb, insbesondere in den Netzsektoren, würde die Kaufkraft erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt stärken.

Die österreichische Regierung hat bereits gezeigt, dass ihr einige dieser Probleme bewusst sind. Mit dem aktuellen NRP soll die Gründung neuer Unternehmen gefördert werden, indem die österreichische Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*GmbH*) als Gesellschaftsform attraktiver gemacht wird, einschließlich Plänen zur Verringerung der Kosten für die Gründung von Ein-Personen-Unternehmen. Die Reformanstrengungen trägt einigen Problemen jedoch nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Dies betrifft Lizenzierungsverfahren¹⁶, die verpflichtende notarielle Beurkundung und die Veröffentlichungspflichten, die allesamt recht zeitaufwändig sind und von einer weiteren Rationalisierung profitieren würden. Eine Reform der Struktur der Wettbewerbsbehörde ist geplant, um deren Kompetenzen und die Synergien mit anderen Regulierungsbehörden zu stärken. Am Umsetzungsstau wird jedoch nichts getan. Angesichts der zahlreichen rechtlichen und technischen Schwierigkeiten sollte die Regierung ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet intensivieren.

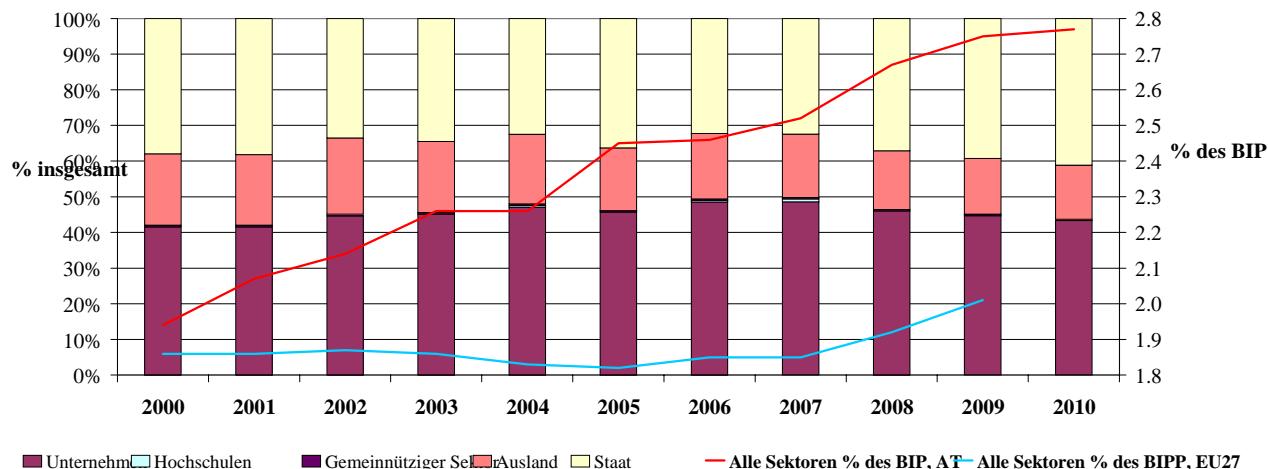
Forschung und Innovation

Hinsichtlich der FuE-Intensität rangiert Österreich in der Top 5 der EU. Trotz der umfassenden FuE-Gesamtausgaben basiert die Wirtschaft jedoch nach wie vor weitgehend auf Sektoren mit niedriger FuE-Intensität und bleiben Herstellung und Ausfuhr wissensintensiver Produkte auf einem niedrigen Stand. Zwar situieren sich zahlreiche Unternehmen in den traditionellen Sektoren mit niedriger bis mittlerer Technologieintensität

¹⁶ Betriebsanlagegenehmigungen.

ehler im Hightech-Bereich, doch scheint die FuE-Politik bisher noch keinen signifikanten Strukturwandel in Richtung Hightech-Industrie und –Dienstleistungen bewirkt zu haben. Zudem müssen Steuerung und Ergebnisse des Portfolios öffentlicher FuE-Finanzierungen verbessert werden. Seit 2008 wurden FuE-Anstiege vor allem durch antizyklische staatliche Ausgaben getrieben.

Abbildung 4: FuE-Ausgaben in Österreich nach Herkunft der Mittel



Quelle: Eurostat.

Im NRP wird das ehrgeizige Ziel einer Steigerung der FuE-Intensität auf 3,76 % des BIP formuliert, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll. Dabei sollen mindestens zwei Drittel vom Privatsektor kommen; der Schwerpunkt wird auf eine stärkere Verknüpfung zwischen Wissen und Innovation gelegt. Vorgesehen sind drei Maßnahmengruppen. Erstens Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen durch gezielte Förderung der FuE-Tätigkeiten, Unterstützung der Ansiedelung forschungsintensiver Unternehmen aus dem Ausland und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, auch auf internationaler Ebene. Auch die Notwendigkeit einer besseren Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktfähige Innovationen wird anerkannt. Zweitens werden in der Strategie für Forschung, Technik und Innovation die Bereitstellung einer weltweit wettbewerbsfähigen Forschungsinfrastruktur und die Förderung von Forschungsinstitutionen inner- und außerhalb der Universitäten als wichtige nationale Ziele genannt. Die dritte Maßnahmengruppe betrifft die Informations- und Kommunikationstechnologie, insbesondere die Schaffung eines „Echt-Zeit“-Priorisierungsmechanismus sowie die Nutzung von Wachstums- und Agglomerationsvorteilen der Hochleistungskommunikationsnetze. Im Programm werden Herausforderungen genannt und zahlreiche Initiativen formuliert. Um das Ziel nachhaltiger Investitionen des Privatsektors zu erreichen, müssen jedoch die Rahmenbedingungen (z. B. im Hinblick auf Risikokapital) verbessert und das komplexe Governance-System rationalisiert werden.

Ein wesentlicher Faktor für eine stärkere Rolle des Privatsektors sind die Förderung von Gründung und Wachstum innovativer Unternehmen. Aktienmarkt und Risikokapitalssektor sind beide relativ klein und bieten keine ausreichenden Möglichkeiten für die Kapitalbeschaffung. Die Gesamtinvestitionen von Risikokapital beliefen sich 2009 auf 0,05 %

des BIP gegenüber einem Durchschnitt von 0,19 % der EVCA-Mitglieder¹⁷; bei der Aktienmarktentwicklung¹⁸ rangiert Österreich weltweit auf Platz 57. Der Bankensektor ist somit für die Industrie weiterhin die wichtigste Finanzierungsquelle. Da die Banken aufgrund von Basel III künftig mehr Eigenkapital vorhalten müssen, besteht die Gefahr einer geringeren Kreditvergabe an Unternehmen, insbesondere KMU. Zugänglichkeit und Verfügbarkeit privater Finanzierungen aus dem Nichtbankensektor würden von einer Verbesserung der rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für Risikokapital profitieren, z. B. durch Erhöhung der Attraktivität und Transparenz der Rechtsformen für i) Risikokapitalfonds und ii) Anlageinstrumente, einschließlich Maßnahmen zur Minderung möglicher negativer Steueranreize. Auch hinsichtlich des Kodex für die Corporate-Governance besteht Studien zufolge noch Spielraum für Verbesserungen des Anlegerschutzes, insbesondere im Hinblick auf Minderheitsaktionäre¹⁹.

Energie und Klimawandel

Österreich hat sich für 2020 das Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 34 % zu steigern. Um dies zu erreichen, muss Österreich eine kohärente, transparente und vorhersehbare Politik für erneuerbare Energien formulieren, die Anwendung des Nationalen Aktionsplans für erneuerbare Energie beschleunigen und eine vollständige Umsetzung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen gewährleisten. Förderpläne sollten auf einen langfristig kosteneffizienten Mix erneuerbarer Energien ausgerichtet und anpassbar sein, um je nach technischer Entwicklung Kosteneinsparungen zu ermöglichen; rückwirkende Änderungen sollten dagegen vermieden werden, um das Vertrauen der Anleger nicht zu verlieren. Um grenzüberschreitende Stromübertragungsnetze, die Voraussetzung für eine stärkere Marktdurchdringung der erneuerbaren Energien sind, entwickeln zu können, muss das inländische Stromnetz verstärkt und die Abstimmung mit den benachbarten Mitgliedstaaten intensiviert werden. Im Bereich der Gasinfrastruktur müssen Projekte für den Gastransport entgegen der Hauptflussrichtung abgeschlossen und die Genehmigungsverfahren rationalisiert werden, damit bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten weniger Verzögerungen entstehen. Die Ziele für die Energieeffizienz sind klar formuliert, realistisch und ehrgeizig. Dennoch bleibt es von entscheidender Bedeutung, dass die nationale Energieeffizienzstrategie regelmäßig überprüft und die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinien des Dritten Energiepakets ohne Verzögerungen vorangebracht wird. Insbesondere die Bestimmungen für eine wirksame Entflechtung der Betreiber von Strom- und Gasübertragungsnetzen sollten in die Praxis umgesetzt werden.

Der aktuelle Trend bei den Treibhausgasemissionen scheint nicht im Widerspruch zu dem auf europäischer Ebene festgelegten nationalen Ziel für 2020 (-16 % im Vergleich zum Stand von 2005) zu stehen. Da jedoch die Wirtschaftskrise in der Regel zu einer Verringerung der Emissionen beigetragen hat, ist eine gewisse Vorsicht angebracht.

¹⁷ Europäische Risikokapitalvereinigung (EVCA).

¹⁸ Dieser Indikator basiert auf 1) der Börsenkapitalisierung im Verhältnis zum BIP, 2) der Aktienmarktliquidität und 3) den Änderungen bei der Anzahl der Börsennotierungen. *Quelle: Milken Institute 2009.*

¹⁹ Doing business in Austria 2011, World Bank.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in den öffentlichen Finanzen Spuren hinterlassen. Dank der relativ günstigen Haushaltslage vor der Krise konnte Österreich ein umfangreiches Konjunkturpaket auflegen, das die Folgen des Konjunkturrückgangs abfedern sollte. Die österreichische Regierung hat in der letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms ihre Absicht bestätigt, ab 2011 einen Konsolidierungspfad einzuschlagen. Unter Berücksichtigung der im Programm prognostizierten günstigen Wirtschaftsbedingungen scheint die Konsolidierung jedoch beschleunigt werden zu können. Eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den drei Regierungsebenen Bund, Länder und Gemeinden könnte anerkanntermaßen substanzelle Einsparungen und eine höhere Effektivität der öffentlichen Ausgaben bewirken. Derzeit führt die Komplexität dieser Beziehungen zu Ineffizienz. Die Effizienz der öffentlichen Finanzen könnte insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen und Bildung noch weiter verbessert werden.

Die österreichische Regierung geht die politischen Herausforderungen im Einklang mit ihrer im aktuellen NRP beschriebenen Reformagenda mit einem umfassenden Paket kohärenter Maßnahmen an. Allerdings gilt es noch weitere Hindernisse zu überwinden, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmärkte, des Wettbewerbs bei Dienstleistungen sowie der Innovations- und Bildungspolitik. Eine Erschwerung von Frühpensionierungen oder Invaliditätspensionierungen würde Österreichs niedrige Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern anheben. Fragen bezüglich Bedingungen und Anreizen, damit ältere Personen länger arbeiten bzw. von den Arbeitgebern beschäftigt werden, bleiben offen. Das potenzielle Arbeitskräfteangebot scheint auch unter ungünstigen Anreizen in Form hoher Lohnnebenkosten für Niedriglohnempfänger zu leiden. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für benachteiligte Lernende und Arbeitnehmer, insbesondere für Migranten und Frauen, wurden nur teilweise umgesetzt. Wettbewerbshindernisse bei den Dienstleistungen und Verzögerungen bei der Umsetzung von EU-Vorschriften haben dazu geführt, dass die Verbraucher die Vorteile des Binnenmarkts nur bedingt wahrnehmen können. Weitere Reformmaßnahmen würden die Kernkompetenzen bei Schülern der Primär- und Sekundarstufe fördern und generell die Qualität des Bildungssystems verbessern.

STATISTISCHER ANHANG

Tabelle I. Makroökonomische Indikatoren

	1995- 1999	2000- 2004	2005- 2008	2009	2010	2011	2012
Schlüsselindikatoren							
Wachstumsrate BIP	2,8	1,8	3,0	-3,9	2,0	2,4	2,0
Produktionslücke ¹	0,2	0,0	1,3	-2,7	-2,1	-1,2	-0,8
HVPI (jährl. Veränderung in %)	1,2	1,8	2,3	0,4	1,7	2,9	2,1
Inlandsnachfrage (jährl. Veränderung in %) ²	2,1	1,1	2,0	-2,3	0,9	1,6	1,5
Arbeitslosenquote (% der Arbeitskräfte) ³	4,2	4,1	4,6	4,8	4,4	4,3	4,2
Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	23,8	22,7	21,6	21,1	20,7	21,1	21,5
Bruttoersparnis (% des BIP)	22,7	24,2	26,1	23,8	25,2	24,8	25,4
Sektor Gesamtstaat (% des BIP)							
Nettokreditaufnahme (+)/-vergabe (-)	-3,3	-1,7	-1,3	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3
Bruttoverschuldung	66,6	66,1	62,6	69,6	72,3	73,8	75,4
Nettогeldvermögen	-37,6	-36,3	-34,0	-38,5	k. A.	k. A.	k. A.
Einnahmen insgesamt	51,5	50,3	48,1	48,8	48,3	48,7	48,7
Ausgaben insgesamt	54,7	52,0	49,4	52,9	53,0	52,4	52,0
<i>davon: Zinsen</i>	3,7	3,2	2,8	2,8	2,7	2,8	3,0
Unternehmen (% des BIP)							
Nettokreditaufnahme (+)/-vergabe (-)	-2,9	-1,3	-0,8	0,9	1,4	0,6	0,5
Nettогeldvermögen; nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-69,1	-79,9	-87,4	-87,6	k. A.	k. A.	k. A.
Nettогeldvermögen; finanzielle Kapitalgesellschaften	-3,6	-1,6	1,9	6,5	k. A.	k. A.	k. A.
Bruttoinvestitionen	16,4	16,5	16,5	14,6	15,5	16,0	16,5
Bruttobetriebsüberschuss	20,4	22,5	24,3	21,7	22,4	22,6	22,8
Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (% des BIP)							
Nettokreditaufnahme (+)/-vergabe (-)	3,9	4,0	5,1	5,3	4,7	4,7	4,7
Nettогeldvermögen	96,1	99,9	108,4	116,0	k. A.	k. A.	k. A.
Bruttolöhne und -gehälter	42,2	41,0	39,5	41,4	40,9	40,6	40,6
Nettovermögensseinkommen	6,3	6,4	7,8	5,8	4,7	5,2	5,0
Empfangene laufende Transfers	23,8	23,8	22,1	23,9	23,9	23,7	23,7
Bruttoersparnis	9,1	8,6	9,9	10,4	9,5	9,4	9,4
Rest der Welt (% des BIP)							
Nettokreditaufnahme (+)/-vergabe (-)	-2,3	0,9	3,2	2,7	3,3	1,7	2,1
Nettогeldvermögen	15,9	19,5	13,0	6,8	k. A.	k. A.	k. A.
Nettoexporte Waren und Dienstleistungen	-0,3	3,2	5,2	4,5	4,9	4,9	5,1
Nettoprimäreinkommen aus der übrigen Welt	-1,3	-1,4	-1,2	-1,0	-0,8	-1,2	-1,2
Nettovermögenstransaktionen	-0,1	-0,2	-0,1	0,1	0,1	-0,9	-0,7
Sektor handelbarer Güter	44,7	44,6	43,6	42,4	42,8	k. A.	k. A.
Sektor nichthandelbarer Güter	45,1	45,7	46,8	48,1	47,9	k. A.	k. A.
<i>davon: Bausektor</i>	7,1	6,5	6,3	6,6	6,3	k. A.	k. A.
Realer effektiver Wechselkurs (Index, 2000=100)	110,1	99,8	100,1	101,8	100,4	100,5	100,7
Terms of trade Waren und Dienstleistungen (Index, 2000=100)	102,2	101,1	99,7	99,0	97,4	96,0	95,5
Marktleistung Exporte (Index, 2000=100)	99,7	104,0	105,3	100,4	100,2	100,8	101,0

Anmerkungen:

¹ Die Produktionslücke ist die Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem potenziellen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 2000.

² Der Indikator für die Inlandsnachfrage enthält Bestände.

³ Als arbeitslos gelten alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen und bereit sind, unmittelbar oder in den nächsten zwei Wochen eine neue Arbeit anzutreten. Die aktive Bevölkerung umfasst alle Erwerbstäigen und Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote erfasst die Altergruppe von 15 bis 74.

Quelle:

Friihjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen.

Tabelle II. Vergleich der makroökonomischen Entwicklungen und Prognosen

	2010		2011		2012		2013	2014
	KOM	SP	KOM	SP	KOM	SP	SP	SP
Reales BIP (Veränderung in %)	2,0	2,0	2,4	2,5	2,0	2,0	2,1	2,2
Privater Verbrauch (Veränd. in %)	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,3	1,3
Bruttoanlageinvestitionen (Veränd. in %)	-1,3	-1,3	3,0	2,6	2,9	2,7	2,9	3,3
Export Güter u. Dienstleistungen (Veränd. in %)	10,8	10,8	7,0	7,4	6,8	6,5	6,2	6,1
Import Güter u. Dienstleistungen (Veränd. in %)	9,2	9,2	5,9	6,1	6,3	6,0	6,0	5,9
<i>Beiträge zum realen BIP-Wachstum:</i>								
- Endnachfrage	-0,2	0,7	1,4	1,5	1,4	1,4	1,6	1,7
- Vorratsveränderungen	1,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Nettoexporte	1,2	1,2	0,9	1,0	0,6	0,6	0,5	0,5
Produktionslücke ¹	-2,1	-2,1	-1,2	-1,3	-0,8	-1,0	-0,6	-0,3
Arbeitslosigkeit (Veränd. in %)	1,0	0,9	0,8	1,6	0,7	0,9	0,8	0,8
Arbeitslosigkeit (%)	4,4	4,4	4,3	4,4	4,2	4,5	4,5	4,4
Arbeitsproduktivität (Veränd. in %)	1,0	1,1	1,6	0,9	1,3	1,1	1,3	1,3
HVIP-Inflation (%)	1,7	1,7	2,9	2,9	2,1	2,4	2,0	2,0
BIP-Deflator (Veränd. in %)	1,5	1,5	1,7	2,0	1,8	2,1	1,7	1,8
Arbeitnehmerentgelte (pro Kopf, Veränd. in %)	1,6	1,5	2,5	2,6	2,7	2,8	2,6	2,8
Nettokreditaufnahme/-vergabe gegenüber dem Rest der Welt (% des BIP)	3,3	3,2	1,7	3,7	2,1	4,3	4,4	4,7
<u>Anmerkung</u>								
¹ In % des BIP-Potenzials; BIP-Wachstumspotenzial gemäß Programmdaten nach Neuberechnung der Kommissionsdienststellen.								
<u>Quelle:</u> <i>Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen (KOM); Stabilitätsprogramm (SP).</i>								

Tabelle III. Zusammensetzung der budgetären Anpassung

(% des BIP)	2010	2011		2012		2013	2014	Veränderung: 2010-2014
	KOM	KOM	SP	KOM	SP	SP	SP	SP
Einnahmen	48,3	48,7	48,3	48,7	48,2	48,2	48,1	-0,2
<i>davon:</i>								
- Produktions- und Importabgaben	14,6	14,7	14,7	14,7	14,6	14,5	14,4	-0,2
- Einkommens- und Vermögenssteuern etc.	12,8	13,1	13,0	13,3	13,4	13,6	13,8	1,0
- Sozialabgaben	16,4	16,3	16,2	16,3	16,0	16,0	15,9	-0,5
- Sonstige (Rest)	4,6	4,5	4,4	4,4	4,3	4,1	4,0	-0,6
Ausgaben	53,0	52,4	52,2	52,0	51,6	51,0	50,6	-2,4
<i>davon:</i>								
Primärausgaben	50,3	49,6	49,3	49,0	48,6	48,0	47,6	-2,7
<i>davon:</i>								
Arbeitnehmerentgelte	9,7	9,5	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1	-0,7
Vorleistungen	4,6	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,2	-0,4
Sozialaufwendungen	25,5	25,4	25,3	25,4	25,3	25,4	25,4	-0,2
Zuschüsse	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	3,2	3,1	-0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	-0,1
Sonstige (Rest)	5,8	5,5	5,5	5,3	5,2	4,9	4,8	-1,0
- Zinsausgaben	2,7	2,8	2,8	3,0	2,9	3,0	3,0	0,3
Gesamtstaatlicher Saldo	-4,6	-3,7	-3,9	-3,3	-3,3	-2,9	-2,4	2,2
Primärsaldo	-2,0	-0,9	-1,1	-0,3	-0,4	0,1	0,5	2,5
Einmalige u. sonstige befristete Maßnahmen ⁴	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4
Gesamtstaatl. Saldo ohne einm. und befrist.. Maßnahmen	-4,3	-3,7	-3,9	-3,3	-3,3	-2,9	-2,4	1,8
Produktionslücke ²	-2,1	-1,2	-1,3	-0,8	-1,0	-0,6	-0,3	1,8
Konjunkturbereinigter Saldo ²	-3,7	-3,2	-3,3	-2,9	-2,8	-2,6	-2,3	1,4
Struktureller Saldo³	-3,3	-3,2	-3,3	-2,9	-2,8	-2,6	-2,3	1,0
<i>Veränderung struktureller Saldo</i>		0,1	0,0	0,3	0,4	0,3	0,3	
Struktureller Primärsaldo ³	-0,6	-0,4	-0,5	0,0	0,1	0,4	0,7	1,3
<i>Veränderung struktureller Primärsaldo</i>		0,3	0,2	0,4	0,6	0,3	0,2	
<u>Anmerkungen:</u>								
¹ Bei unveränderter Politik.								
² Produktionslücke (in % des BIP-Potenzials) und konjunkturbereinigter Saldo gemäß den Programmdaten nach Berechnungen der Kommissionsdienststellen.								
³ Struktureller (Primär-)Saldo = konjunkturbereinigter (Primär-)Saldo ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen.								
⁴ Im Jahr 2010 einschl. der Auswirkungen der Übernahme eines Teils der Verbindlichkeiten der „Bad Bank“ KA Finanz.								
<u>Quelle:</u>								
Stabilitätsprogramm (SP); Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen(KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.								

Tabelle IV. Schuldendynamik

(% des BIP)	Durchschnitt 2005-09	2010	2011		2012		2013	2014
			KOM	SP	KOM	SP		
Bruttoschuldenquote¹	64,0	72,3	73,8	73,6	75,4	75,0	75,5	75,1
Veränderung der Schuldenquote	1,0	2,6	1,6	1,4	1,6	1,4	0,4	-0,3
<i>Beiträge²:</i>								
1. Primärsaldo	-0,9	2,0	0,9	1,1	0,3	0,4	-0,1	-0,5
2. "Schneeballeffekt"	0,8	0,3	0,0	-0,3	0,3	0,0	0,3	0,1
<i>davon:</i>								
Zinsausgaben	2,8	2,7	2,8	2,8	3,0	2,9	3,0	3,0
Wachstumseffekt	-0,9	-1,3	-1,6	-1,7	-1,4	-1,4	-1,5	-1,6
Inflationseffekt	-1,0	-1,0	-1,2	-1,4	-1,3	-1,5	-1,2	-1,3
3. Bestandsanpassung	1,1	0,4	0,7	0,7	1,0	1,0	0,3	0,1
<i>davon:</i>								
Diff. Kassen-/Periodenabgrenzungsbasis	0,2	-0,6						
Finanzanlagen	0,8	0,6						
<i>Privatisierung</i>	n.a.	n.a.						
Werteffekt und Rest	0,0	0,4						

Anmerkungen:

¹Ende des Zeitraums.

²Der Schneeballeffekt spiegelt die Wirkung der Zinsausgaben auf die akkumulierten Schulden sowie die Wirkung des realen BIP-Wachstums und der Inflation auf die Schuldenquote wider (mittels des gemeinsamen Nenners). Die Bestandsanpassung trägt den Unterschieden zwischen der Rechnungslegung nach dem Kassenprinzip und nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung sowie der Akkumulierung von Finanzvermögenswerten und ihrer Bewertung und sonstigen Resteffekten Rechnung.

Quelle:

Stabilitätsprogramm (SP); Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechn. Kommissionsdienststellen.

Tabelle V. Tabelle V. Indikatoren für die langfristige Nachhaltigkeit

Österreich	Basisszenario (2010)		Programmszenario		
	S1	S2	S1	S2	
Wert	5,0	5,4	3,2		3,7
davon:					
Budgetäre Ausgangsposition	2,3	2,4	0,6		0,7
Anforderung Schuldenstand 2060	0,3	-	0,2		-
Langfristige Veränderung Primärsaldo	2,4	3,0	2,4		3,0
	2010	2015	2020	2010	2015
Verschuldung in % des BIP	72,3	80,6	96,8	72,3	75,6
					80,7

Anmerkung: Im Basisszenario (2010) ist die Tragfähigkeitslücke unter der Annahme angegeben, dass die Haushaltssposition 2010 mittelfristig (bis zum Ende des vom Programm abgedeckten Zeitraums) unverändert bleibt. Im Programmszenario ist die Tragfähigkeitslücke unter der Annahme angegeben, dass die im Programm enthaltenen Haushaltsplanungen vollständig umgesetzt werden.

Abbildung: Mittelfristige Schuldenstandsprojektion

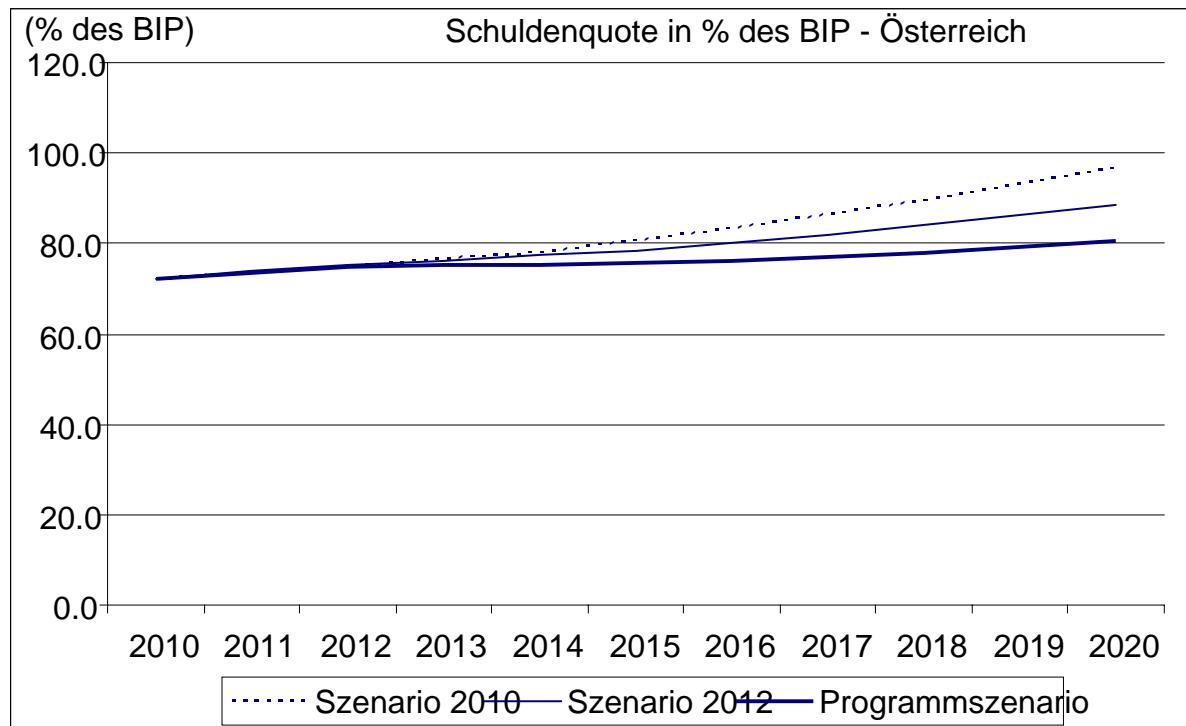


Tabelle VI. Indikatoren zur Finanzstabilität

	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtvermögen Bankensektor (% des BIP)	295,5	309,9	344,1	382,0	356,1
Anteil der fünf größten Banken (% des Gesamtvermögens)	43,8	42,8	39,0	37,2	...
Ausländischer Besitz im Bankensystem (% des Gesamtvermögens)	19,5	26,9	23,4	19,4	...
Indikatoren zur Finanzstabilität (FSI):					
- notleidende Kredite (% der Kredite insgesamt ¹⁾	2,7	2,2	1,9	2,3	2,8
- Eigenkapitalquote (%) ¹⁾	13,2	12,7	12,9	15,0	17,4
- Rentabilität Eigenkapitalrendite (%) ²⁾	16,8	17,0	2,6	1,5	7,9
Wachstum Privatkredite (jährl. Veränderung in %)	10,4	5,7	9,2	5,4	1,1
Preise für Wohneigentum (jährl. Veränderung in %)	4,0	4,1	1,2	3,6	5,7
Engagement in Ländern, die finanzielle Unterstützung erhalten/zurückzahlen (% des BIP) ³⁾	22,4	24,2	24,8	23,7	21,7
Private Verschuldung (% des BIP)	118,2	121,2	129,0	134,5	134,6
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP)					
- öffentliche Hand	51,3	50,3	56,4	54,4	57,5
- privat	29,6	33,6	38,2	41,4	41,1
Langfristiger Zinsspread gegenüber Bundesanleihen (Basispunkte)*	3,7	8,1	37,4	71,4	48,2
CDS-Spreads für ausländische Wertpapiere (5 Jahre)*	99,4	108,4	78,7
Ammerkungen:					
¹⁾ Ausschließlich ausländischer Tochtergesellschaften und Niederlassungen von durch Ausländer kontrollierten, einlagenführenden Einrichtungen.					
²⁾ Die Eigenkapitalquote ist der Quotient aus Gesamtkapital und risikogewichteten Vermögenswerten.					
³⁾ Verhältnis Nettogewinn/Eigenkapital nach außerordentlichen Posten und Steuern; "Klasse-1"-Kapital.					
⁴⁾ IE, EL, PT, RO, LV und HU.					
* in Basispunkten.					
<u>Quelle:</u>					
Bank für internationalen Zahlungsausgleich und Eurostat (Engagement in makrofinanziell mit Risiken behafteten Ländern), IWF (FSI), Kommissionsdienststellen (langfristige Zinssätze), Weltbank (Bruttoauslandsverschuldung), Eurostat (Preise für Wohneigentum) und EZB (übrige Indikatoren).					

Tabelle VII. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren

Arbeitsmarktindikatoren	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Beschäftigungsrate (% d. Bevölkerung von 20-64)	71,7	73,2	74,4	75,1	74,7	74,9
Beschäftigungswachstum (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,5	1,4	1,8	1,8	-0,9	1,0
Beschäftigungsrate Frauen (% d. weibl. Bevölkerung von 20 - 64)	64,9	66,4	67,2	68,6	69,4	69,6
Beschäftigungsrate Männer (% d. männl. Bevölkerung von 20 - 64)	78,5	80,0	81,6	81,7	80,1	80,2
Beschäftigungsrate ältere Arbeitnehmer (% d. Bevölkerung von 55 - 64)	31,8	35,5	38,6	41,0	41,1	42,4
Teilzeitbeschäftigung (% d. Beschäftigung insges.)	21,1	21,8	22,6	23,3	24,6	25,2
Befristete Beschäftigung (% d. Arbeitnehmer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen)	9,1	9,0	8,9	9,0	9,1	9,3
Arbeitslosenquote ¹ (% d. Erwerbsbevölkerung)	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	4,4
Langzeitarbeitslosigkeit ² (% d. Erwerbsbevölkerung)	1,3	1,3	1,2	0,9	1,0	1,1
Jugendarbeitslosigkeit (% d. jungen Erwerbsbevölkerung von 15-24)	10,3	9,1	8,7	8,0	10,0	8,8
NEET-Quote ³ (% d. Erwerbsbevölkerung von 15- 24)	8,3	7,5	7,0	7,1	7,8	:
Schul- und Ausbildungsabrecher (% d. Bevölkerung von 18-24, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I haben u. sich nicht in einem allg. o. berufl. Bildungsgang befinden)	9,1	9,8	10,7	10,1	8,7	:
Personen mit Hochschulabschluss (% der Bevölkerung von 30-34 mit Hochschul- abschluss)	20,5	21,2	21,1	22,2	23,5	:
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten (jährl. Veränderung in %)	1,2	2,6	2,2	0,5	-2,3	1,0
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten (jährl. Veränderung in %)	-1,0	-0,5	-0,7	-0,3	-2,3	0,2
Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde (jährl. Veränderung in %; konstante Preise)	2,0	2,7	2,6	0,7	-0,7	0,8
Arbeitnehmerentgelte (jährl. Veränd. in %; konstante Preise)	0,3	1,6	0,9	1,4	1,5	0,0
Nominaler Anstieg der Lohnstückkosten (jährl. Veränderung in %)	1,4	0,8	1,1	2,8	5,0	0,6
Realer Anstieg der Lohnstückkosten (jährl. Veränderung in %)	-0,7	-1,0	-0,9	0,9	4,2	-0,9

Anmerkungen:

¹ Gemäß Definition der ILO: Altersgruppe von 15 bis 74.

² Anteil der Personen in der Erwerbsbevölkerung, die mindestens zwölf Monate lang arbeitslos waren.

³ NEET: Not in Education, Employment or Training; junge Erwachsene zwischen 15 und 34, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden.

Quellen:

Kommissionsdienststellen (EU-Arbeitskräfteerhebung und europäische Gesamtrechnungen).

Tabelle VII. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren (Forts.)

Ausgaben für Sozialeistungen (% des BIP)	2004	2005	2006	2007	2008
Krankheit/Gesundheitsversorgung	7,17	7,14	6,99	7,03	7,14
Invalidität	2,51	2,40	2,30	2,17	2,12
Alter und Hinterbliebene	13,62	13,47	13,40	13,22	13,43
Familie/Kinder	3,06	2,98	2,87	2,75	2,82
Arbeitslosigkeit	1,71	1,63	1,61	1,44	1,37
Wohnen und soziale Ausgrenzung a.n.g.	0,39	0,40	0,42	0,41	0,43
Insgesamt	28,5	28,0	27,6	27,0	27,3
davon: bedürftigkeitsabhängige Leistungen	1,84	1,82	1,86	1,81	1,87
Indikatoren für sozialen Zusammenhalt	2005	2006	2007	2008	2009
Risiko der Armut oder Ausgrenzung ¹ (% der Bevölkerung insgesamt)	16,8	17,8	16,7	18,6	17,0
Risiko der Armut oder Ausgrenzung für Kinder (% der Bevölkerung von 0-17)	18,5	19,3	18,5	20,4	17,5
Risiko der Armut oder Ausgrenzung für Ältere (% der Bevölkerung über 65)	15,9	17,3	15,1	17,3	16,4
Armutgefährdungsquote ² (% der Bevölkerung insgesamt)	12,3	12,6	12,0	12,4	12,0
Relative Armutsgrenze (Einpersonenhaushalt/Jahr) - in KKS)	10452	10452	10692	11124	11316
Gravierende materielle Deprivation ³ (% der Bevölkerung insgesamt)	3,0	3,6	3,3	6,4	4,8
Menschen, die in einem Haushalt mit niedriger Erwerbsbeteiligung leben ⁴ (% der Bevölkerung von 0-59; ohne Studenten)	6,5	8,0	8,1	7,8	7,2
Armutgefährdungsquote Erwerbstätige (% der Erwerbstätigen)	6,7	6,3	6,1	6,4	6,0
Anmerkungen:					
¹ Von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen: Personen, die armutsgefährdet und/oder unter gravierender materieller Deprivation leiden und/oder in einem Haushalt ohne oder nur mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung leben.					
² Armutgefährdungsrate: Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens.					
³ Anteil der Personen, die mindestens 4 von 9 Deprivationsausgesetzt sind: Sie können ihre Miete oder Wasser-, Gas- und Stromrechnungen nicht bezahlen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, keine unerwarteten Ausgaben bewältigen, nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder ein Proteinäquivalent essen, nicht einmal im Jahr für eine Woche Urlaub verreisen, sich kein Auto, keine Waschmaschine, keinen Farbfernseher oder kein Telefon leisten.					
⁴ In Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung lebende Menschen: Anteil der Personen von 0-59, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen im vorausgegangenen Jahr insgesamt weniger als 20 % gearbeitet haben.					
Quellen: Ausgaben für Sozialeistungen: ESSPROS; soziale Integration: EU-SILC.					

Tabelle VIII. Leistungsindikatoren der Produktmärkte und Politikindikatoren

Leistungsindikatoren	2001-2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitsproduktivität ¹ Wirtschaft insgesamt (jährl. Wachstum in %)	1,0	2,5	2,0	0,7	-3,4	1,3
Arbeitsproduktivität ¹ verarbeitendes Gewerbe (jährl. Wachstum in %)	2,4	6,0	6,3	1,7	-9,5	8,8
Arbeitsproduktivität ¹ Elektrizität, Gas, Wasser (jährl. Wachstum in %)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Arbeitsproduktivität ¹ Baugewerbe (jährl. Wachstum in %)	2,3	-1,1	0,6	-0,3	-4,2	-6,5
Patentierungsquote im verarbeitenden Gewerbe ² (Quotient aus Patenten des EPA und Bruttomehrwert des Sektors)	3,4	3,5	1,6	k.A.	k.A.	k.A.
Politkindikatoren	2001-2005	2006	2007	2008	2009	2010
Durchsetzung von Verträgen ³ (Tage)	n.a.	397	397	397	397	397
Zeitaufwand für eine Unternehmensgründung ³ (Tage)	n.a.	28	28	28	28	28
FuE-Ausgaben (% des BIP)	2,2	2,5	2,5	2,7	2,8	2,8
Personen mit Hochschulabschluss (% der 30- bis 34-Jährigen)	20,8	21,2	21,1	22,2	23,5	k.A.
Öffentliche Ausgaben für Bildung insgesamt (% des BIP)	5,6	5,5	5,4	k.A.	k.A.	k.A.
	2003	2005	2006	2008	2009	2010
Regulierung des Produktmarkts ⁴ , insgesamt (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	1,8	k.A.	k.A.	1,5	k.A.	k.A.
Regulierung des Produktmarkts ⁴ , Einzelhandel (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	4,5	k.A.	k.A.	3,6	k.A.	k.A.
Regulierung des Produktmarkts ⁴ , Netzindustrien ⁵ (Index; 0=nicht reguliert; 6=stark reguliert)	2,5	1,9	1,7	1,7*	k.A.	k.A.
Anmerkungen:						
¹ Arbeitsproduktivität wird definiert als Quotient aus Bruttomehrwert (in konstanten Preisen) und Anzahl der beschäftigten Personen.						
² Patentangaben beziehen sich auf die beim Europäischen Patentamt (EPA) gestellten Anträge; ausschlaggebend ist das Jahr, in dem sie beim EPA registriert wurden. Die Aufschlüsselung richtet sich nach dem Wohnsitz des Erfinders. Sind mehrere Erfinder beteiligt oder wird ein Patent mehr als einer IPK-Klasse zugeordnet, so wird die Anmeldung zu gleichen Teilen aufgeteilt (Bruchteilzählung), um eine Doppelzählung zu vermeiden.						
³ Nähere Informationen zur Methodik des Indikators, einschließlich der Annahmen: http://www.doingbusiness.org/methodology .						
⁴ Nähere Informationen zu den Indikatoren für die Regulierung des Produktmarkts: http://www.oecd.org/document/1/0,3746,en_2649_34323_2367297_1_1_1_1,100.html . Die neuesten verfügbaren Indikatoren für die Regulierung des Produktmarkts beziehen sich auf 2003 und 2008, ausgenommen Netzindustrien.						
⁵ Aggregierte Zahlen des ETCR.						
* Angaben für 2007.						
Quelle						
Kommissionsdienststellen, World Bank - Doing Business (Durchsetzung von Verträgen und Zeitaufwand für Unternehmensgründungen) und OECD (Indikatoren für die Regulierung des Produktmarkts).						

